

Tim Schwarzbach

Transnationale Subventionen im EU-Recht, WTO-Recht und US-Außenwirtschaftsrecht

Heft 198

Oktober 2025

Transnationale Subventionen im EU-Recht, WTO-Recht und US-Außenwirtschaftsrecht

Von

Tim Schwarzbach

Institut für Wirtschaftsrecht
Forschungsstelle für Transnationales Wirtschaftsrecht
Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Jean Monnet-Professur zu Werteorientierter
Nachbarschafts- und Handelspolitik der EU

Tim Schwarzbach ist Student der Rechtswissenschaft mit Schwerpunkt „Europäisches und Internationales Wirtschaftsrecht“ und wissenschaftliche Hilfskraft am Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Europarecht und Internationales Wirtschaftsrecht von Prof. Dr. Christian Tietje an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <https://www.deutsche-digitale-bibliothek.de/> abrufbar.

ISBN 978-3-96670-268-3 (print)
ISBN 978-3-96670-269-0 (elektr.)

Schutzgebühr Euro 5

Die Hefte der Schriftenreihe „Beiträge zum Transnationalen Wirtschaftsrecht“ finden sich zum Download auf der Website des Instituts bzw. der Forschungsstelle für Transnationales Wirtschaftsrecht unter den Adressen:

<http://institut.wirtschaftsrecht.uni-halle.de>
<http://telc.jura.uni-halle.de>

Von der Europäischen Union gefördert. Die geäußerten Ansichten und Meinungen entsprechen jedoch ausschließlich denen des Autors bzw. der Autoren und spiegeln nicht zwingend die der Europäischen Union oder der Europäischen Exekutivagentur für Bildung und Kultur (EACEA) wider. Weder die Europäische Union noch die EACEA können dafür verantwortlich gemacht werden.

Institut für Wirtschaftsrecht
Forschungsstelle für Transnationales Wirtschaftsrecht
Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Universitätsplatz 5
D-06099 Halle (Saale)
Tel.: 0345-55-23149 / -55-23180
Fax: 0345-55-27201
E-Mail: ecohal@jura.uni-halle.de

INHALT

A. Einleitung	5
B. Hintergrund.....	5
C. Transatlantische Reaktionen	7
I. Europäische Union.....	7
II. Vereinigte Staaten von Amerika.....	11
III. Bewertung.....	13
D. Transnationale Subventionen im WTO-Recht.....	13
I. Definition einer Subvention nach Art. 1.1 ASCM	14
1. Gewöhnliche Bedeutung der Bestimmung	15
2. Zusammenhang	15
3. Sinn und Zweck.....	16
4. Zwischenergebnis.....	17
II. Spezifität nach Art. 2 ASCM.....	17
1. Gewöhnliche Bedeutung der Bestimmung	18
2. Zusammenhang	19
3. Sinn und Zweck.....	21
4. Zwischenergebnis.....	22
III. Zurechnungstheorie	22
IV. Schlussfolgerung	24
V. Handlungsalternativen im WTO-Recht	24
1. Unilaterale Ausgleichsmaßnahmen.....	25
2. Non-Violation Complaints	26
3. Multilaterale Verhandlungen.....	27
VI. Ergebnis.....	27
E. Fazit und Ausblick.....	28

A. Einleitung

Transnationale Subventionen sind ein relativ neues wirtschaftspolitisches Phänomen, das eng mit Chinas „Going Global“-Politik im Rahmen der Belt and Road Initiative (BRI) verknüpft ist. Die Einfuhr subventionierter Waren aus BRI-Partnerstaaten in die Europäische Union (EU) und in die Vereinigten Staaten von Amerika (USA) setzt zunehmend europäische und amerikanische Hersteller unter Druck, die ohne staatliche Subventionierung mit den günstigeren Importen konkurrieren. Die EU und die USA setzen deshalb vermehrt auf Handelsschutzinstrumente und insbesondere auf Ausgleichsmaßnahmen, die den als unfair wahrgenommenen Vorteil der Subventionierung beseitigen sollen. Die so verhängten Ausgleichszölle schützen zwar die heimische Industrie, treffen aber vor allem Entwicklungsstaaten, die im Rahmen der BRI ihre eigene Wirtschaft stärken wollen.

Umstritten bleibt indes, inwiefern transnationale Subventionen im Recht der Welthandelsorganisation (WTO) geregelt sind und welche Einschränkungen sich gegebenenfalls daraus für die Ergreifung unilateraler Ausgleichsmaßnahmen ergeben.*

B. Hintergrund

Subventionen können unter anderem als direkte Zahlung, Kreditgewährung, Steueranreize, Preisstützen oder Bereitstellung von Gütern zu günstigen Preisen gewährt werden.¹ Im Kern stellt jede Regierungsintervention in den Markt, sobald sie irgendeinem Unternehmen einen Vorteil gewährt, eine Subvention im ökonomischen Sinne dar.² Als staatliche Eingriffe in die spontane Ordnung des Marktes³ können sie dadurch einen wettbewerbsverzerrenden Effekt haben, der zu ineffektivem Wirtschaften und der Verschwendung öffentlicher Mittel führt.⁴ In einer globalisierten Wirtschaft gefährden Subventionen außerdem den Marktzugang nicht-subventionierter Waren und konterkarieren damit Verhandlungen zum Abbau von Handelsbeschränkungen.⁵ Weiterhin besteht die Gefahr eines Subventionswettrennens zwischen Staaten, die ihre jeweilige Industrie stärken wollen, was die negativen

* Der weit überwiegende Teil dieser Arbeit wurde vor Veröffentlichung des Panel Reports im Fall *European Union – Countervailing and Anti-Dumping Duties on Stainless Steel Cold-Rolled Flat Products from Indonesia* am 02. Oktober 2025 angefertigt. Der Verfasser hat sich bemüht, die durch das Panel geäußerten Rechtsauffassungen an den jeweils passenden Stellen der Arbeit zu würdigen. Eine vollumfängliche Überarbeitung des Textes war indes aufgrund der bereits geplanten Veröffentlichung nicht möglich.

¹ IMF, OECD, World Bank and WTO, Subsidies, Trade and International Cooperation vom 22. April 2024, 6, erhältlich im Internet: https://www.wto.org/english/news_e/news22_e/igo_22apr22_e.pdf (besucht am 27. August 2025)

² Rubini, in: Cottier/Nadakavukaren Schefer, Elgar Encyclopedia of International Economic Law. 389 (389).

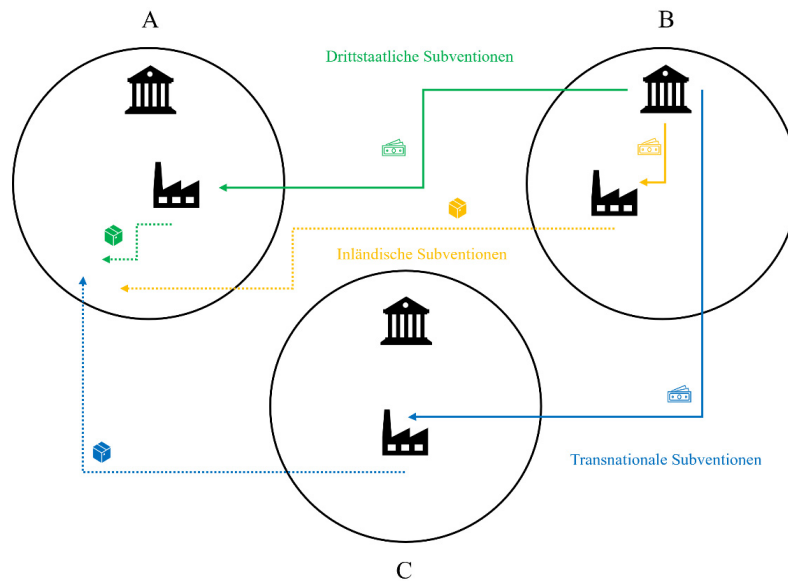
³ Tietje, in: Tietje/Nowrot (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, 164 (239).

⁴ Ibid.; IMF, OECD, World Bank and WTO, Subsidies, Trade and International Cooperation, 7; Rubini, The Definition of Subsidy and State Aid, 41 ff.

⁵ Rubini, The Definition of Subsidy and State Aid, 38; Evenett/Fritz, Subsidies and Market Access, 26f.; Jackson, The World Trading System, 280 f.

Effekte multipliziert.⁶ Gleichzeitig können Regierungen mit Subventionen unbestritten wichtige gesellschaftliche und soziale Ziele verfolgen oder Marktversagen entgegenwirken.⁷

Vor diesem ambivalenten Hintergrund sind Subventionen seit jeher hoch umstritten und deren rechtliche Behandlung politisch aufgeladen.⁸ Besonders strittig ist und bleibt die Frage der Definition einer Subvention im Rechtssinne. So gilt die Einführung eines einheitlichen Subventionsbegriffs als größte Errungenschaft der Verhandlungen zum WTO-Abkommen über Subventionen und Ausgleichsmaßnahmen (Agreement on Subsidies and Countervailing Measures, ASCM).⁹



Übersicht über internationale Subventionen (eigene Darstellung)

Eine neue Dimension hat die Problematik mit dem Aufkommen sogenannter transnationaler Subventionen bekommen. Klassischerweise werden Subventionen als finanzielle

⁶ Rotunno/Ruta, Trade Spillovers of Domestic Subsidies, 4ff, erhältlich im Internet: <https://www.imf.org/-/media/Files/Publications/WP/2024/English/wpica2024041-print-pdf.ashx> (besucht am 27. August 2025); Evenett/Fritz, Subsidies and Market Access, 28; IMF, OECD, World Bank and WTO, Subsidies, Trade and International Cooperation, 8 f.

⁷ IMF, OECD, World Bank and WTO, Subsidies, Trade and International Cooperation vom 22. April 2024, 7; Tietje, in: Tietje/Nowrot (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, 164 (239); Van den Bossche/Zdouc, The Law and Policy of the WTO, 891 ff.; Rubini, The Definition of Subsidy and State Aid, 42 f.

⁸ Im Kern steht die philosophische Frage, wie staatliche Interventionen in die spontane Ordnung des Marktes zu beurteilen sind. Im Grundsatz konkurrieren zwei Denkrichtungen miteinander, die „injury-only school“ und die „anti-distortion school“. Beide Ansätze erkennen an, dass Subventionen sowohl marktverzerrend als auch marktkorrigierend wirken können, der wesentliche Unterschied liegt in der grundsätzlichen Wahrnehmung von Subventionen entweder als grundsätzlich zulässig, bis eine Marktverzerrung nachgewiesen wird oder grundsätzlich unzulässig, da eine Marktverzerrung (widerlegbar) immer angenommen wird. Für eine Zusammenfassung siehe Rubini, The Definition of Subsidy and State Aid, 43.

⁹ WTO, United States — Tax Treatment for “Foreign Sales Corporations”, Report of the Panel vom 8. Oktober 1999, WT/DS108/R, para. 7.80.

Zuwendung an Unternehmen innerhalb des eigenen Staates gewährt (inländische Subvention). Extraterritoriale Subventionen stellen demgegenüber finanzielle Zuwendungen *außerhalb* des subventionsgewährenden Staates dar. Diese lassen sich weiterhin in transnationale und drittstaatliche Subventionen unterteilen. Transnationale Subventionen werden dabei an Unternehmen außerhalb des eigenen Territoriums vergeben, die dann ihre Waren in wiederum andere Staaten exportieren. Im Falle drittstaatlicher Subventionen werden die subventionierten Waren nicht exportiert, sondern in dem Staat verkauft, in denen das subventionierte Unternehmen wirtschaftlich tätig ist (siehe Abbildung).¹⁰

Das Phänomen transnationaler Subventionen ist eng mit der BRI verknüpft. Im Rahmen dieses Projekts zum Ausbau der Handelswege und Infrastruktur baut China seit 2013 Beziehungen mit mittlerweile 149 Nationen aus. Unternehmen, die sich in BRI-Partnerstaaten ansiedeln erhalten finanzielle Unterstützung aus dem „Silk Road Fund“ oder durch chinesische Staatsbanken und -unternehmen.¹¹ Werden Waren in die EU und die USA eingeführt, die von finanziellen Zuwendungen im Rahmen der BRI profitiert haben, setzt das auf diesen Märkten aufgrund der geringeren Preise der importierten Waren heimische Hersteller unter Druck. Der Effekt transnationaler Subventionen auf den Markt des Importlandes ist entsprechend der gleiche wie im Falle inländischer Subventionen.¹² Dies erscheint nur logisch, schließlich ist für die Wettbewerbssituation im Importland letztlich egal, aus welchen Quellen ein Produkt subventioniert ist.

C. Transatlantische Reaktionen

Aufgrund der oben beschriebenen Folgen auf europäische und amerikanische Produzenten ist es wenig verwunderlich, dass die EU und die USA mit Ausgleichsmaßnahmen gegen subventionierte Waren aus BRI-Partnerstaaten vorgehen. Auf diese Reaktionen soll im Folgenden näher eingegangen werden. Anschließend sollen diese einer kurzen Bewertung unterzogen werden, um den politischen Hintergrund des Vorgehens zu verdeutlichen.

I. Europäische Union

In der *Verordnung über den Schutz gegen subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Union gehörenden Ländern* (Basic Anti Subsidy Regulation, BASR)¹³ finden sich die Regelungen bezüglich der Möglichkeit zur Ergreifung von Ausgleichsmaßnahmen gegen von der Verordnung umfasste Subventionen. Gemäß Art. 3 Nr. 1. (a) BASR wird eine Subvention von einer Regierung im Ursprungs- oder Ausfuhrland gewährt. Im Falle transnationaler Subventionen wird eine Subvention von einer Regierung in einem Drittstaat außerhalb des Herkunfts- oder Ausfuhrstaats gewährt. Auf den ersten Blick ist die BASR somit nicht auf

¹⁰ Abgrenzung so vorgenommen bei z.B.: *Crochet/Hedge*, JIEL 23 (2020), 841 (842); *Nagy*, CEJCL 2021, 147 (148 f.); *Schiering*, Beiträge zum transnationalen Wirtschaftsrecht 183 (2022), 1 (6 ff.).

¹¹ *Nedopil*, BRI Investment Report, erhältlich im Internet: https://greenfdc.org/wp-content/uploads/2025/02/Nedopil-2025_China-Belt-and-Road-Initiative-BRI-Investment-Report-2024-1.pdf (besucht am 27. August); *World Bank*, Belt and Road Economics: Opportunities and Risks of Transport Corridors, erhältlich im Internet: <https://openknowledge.worldbank.org/bitstream/handle/10986/31878/9781464813924.pdf> (besucht am 27. August 2025).

¹² Z.B.: *Reinhold*, Journal of World Trade 2024 (December Issue), 1 (12).

¹³ Verordnung Nr. 2016/1037, ABl. EU L 176 vom 30. Juni 2016, erhältlich im Internet: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=CELEX%3A32016R1037> (besucht am 27. August 2025)

transnationale Subventionen anwendbar.¹⁴ Die Ende 2022 in Kraft getretene *Foreign Subsidies Regulation* (FSR)¹⁵ ist wiederum nur anwendbar, wenn eine Subvention einem Unternehmen einen Vorteil gewährt, das in der EU wirtschaftlich tätig ist.¹⁶ In der Natur transnationaler Subventionen liegt allerdings gerade, dass das fragliche Unternehmen außerhalb des Importstaates wirtschaftlich tätig ist, sodass die FSR ebenfalls nicht anwendbar erscheint.

2019 leitete die Kommission dennoch zwei Antisubventionsuntersuchung gegen mutmaßliche transnationale Subventionen im Rahmen der BRI ein und erließ im Juni 2020 zwei Verordnungen zur Einführung endgültiger Ausgleichszölle.¹⁷ International wurden somit erstmalig Ausgleichszölle gegen transnationale Subventionen verhängt. Gegenstand der Untersuchungen waren Subventionen in unterschiedlichster Ausgestaltung,¹⁸ die den beiden Herstellern Jushi Egypt und Hengshi Egypt zugutekamen, die in der „Suez Economic and Trade Cooperation Zone“ tätig sind und Glasfaserprodukte in die EU exportieren.¹⁹ Beide Unternehmen sind nach ägyptischem Recht gegründete Töchter chinesischer Staatskonzerne.²⁰ Aufgrund der engen Kooperation zwischen der ägyptischen und der chinesischen Regierung rechnete die Kommission die eigentlich chinesischen Subventionen der ägyptischen Regierung zu, da Ägypten diese als eigene anerkannt und angenommen habe.²¹ Die Behandlung von Subventionen eines Drittstaats als Subventionen des Staates, in dem das subventionierte Unternehmen tätig ist, soll im Rahmen dieser Arbeit als Zurechnungstheorie bezeichnet werden.

Das Europäische Gericht (EuG)²² und im November 2024 auch der Europäische Gerichtshof (EuGH)²³ bestätigten im Wesentlichen die Vorgehensweise der Kommission im sogenannten *Glasfaserfall*. Das Urteil des EuGH führt dabei aller Voraussicht nach zu einer Anwendung der Zurechnungstheorie als Standard im Falle transnationaler Subventionen. Es definiert zwar nicht abstrakt, welche Voraussetzungen vorliegen müssen, damit eine Sub-

¹⁴ Z.B. *Crochet/Hedge*, JIEL 23 (2020), 841 (859); *Rubini*, RSC Policy Paper 2023/09, 1 (8).

¹⁵ Verordnung Nr. 2022, 2560, ABl. EU L 330 vom 23. Dezember 2022, erhältlich im Internet: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:32022R2560> (besucht am 27. August 2025).

¹⁶ Verordnung Nr. 2022, 2560, ABl. EU L 330 vom 23. Dezember 2022, Art. 1 (2), vgl. *Stegink*, CML Rev. 2025/ Volume 62, Issue 4, 1 (2).

¹⁷ Verordnung Nr. 2020/776, ABl. EU L 189 vom 12. Juni 2020, erhältlich im Internet: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:32020R0776> (besucht am: 27. August 2025); Verordnung Nr. 2020/870, ABl. EU L 201 vom 24. Juni 2020, erhältlich im Internet: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:32020R0870> (besucht am 27. August 2025)

¹⁸ Im Rahmen dieser Arbeit wird angenommen, dass es sich in jedem Fall um Subventionen im Rechtssinne gehandelt hätte, wenn diese innerhalb Chinas gewährt worden wären.

¹⁹ Verordnung Nr. 2020/776, ABl. EU L 189 vom 12. Juni 2020, Rn. 646 ff.; Verordnung Nr. 2020/870, ABl. EU L 201 vom 24. Juni 2020, Rn. 34 ff.

²⁰ Verordnung Nr. 2020/776, ABl. EU L 189 vom 12. Juni 2020, Rn. 659.; Verordnung Nr. 2020/870, ABl. EU L 201 vom 24. Juni 2020, Rn. 47.

²¹ Verordnung Nr. 2020/776, ABl. EU L 189 vom 12. Juni 2020, Rn. 699.; Verordnung Nr. 2020/870, ABl. EU L 201 vom 24. Juni 2020, Rn. 87.

²² EuG, Urteil vom 1. März 2023, *Hengshi Egypt Fiberglass Fabrics and Jushi Egypt for Fiberglass Industry v Commission*, T-480/20, EU:T:2023:90; EuG, Urteil vom 1. März 2023, *Jushi Egypt for Fiberglass Industry v Commission*, T-540/20, EU:T:2023:91.

²³ EuGH, Urteil vom 28. November 2024, *Hengshi Egypt Fiberglass Fabrics and Jushi Egypt for Fiberglass Industry v Commission*, C-269/23 P, C-272/23 P, EU:C:2023:984.

vention eines Drittstaats einer fremden Regierung zugerechnet werden kann.²⁴ Der EuGH lässt eine Zurechnung aber zumindest für Subventionen zu, die Unternehmen in einer in enger Kooperation durch China und den BRI-Partnerstaat errichteten Sonderwirtschaftszone gewährt werden.²⁵ Da ein solches Vorgehen typisch für die BRI ist,²⁶ ist zu erwarten, dass Waren aus BRI-Partnerstaaten vermehrt mit Ausgleichszöllen belegt werden.

Spannend sind in Bezug auf einen möglichen Widerspruch dieser Herangehensweise mit dem WTO-Recht insbesondere die Ausführungen des EuGH zum Verhältnis zwischen BASR und ASCM. Grundsätzlich entfaltet WTO-Recht aufgrund seiner Natur als politischer Kompromiss der Mitgliedsstaaten keine unmittelbare Anwendbarkeit im EU-Recht.²⁷ In zwei Fällen wird dieser Grundsatz durchbrochen: Wenn EU-Sekundärrecht direkt auf Normen des WTO-Rechts Bezug nimmt²⁸ oder wenn durch sekundäres EU-Recht WTO-Recht implementiert werden sollte²⁹ und hinsichtlich dessen ein spezifischer Umsetzungswille bestand.³⁰ Das EuG ging noch davon aus, dass mit der BASR das ASCM umgesetzt werden sollte,³¹ was eine unmittelbare Anwendbarkeit des ASCM im Sinne der *Nakajima* bzw. *Rusal Armenal*-Rechtsprechung nach sich gezogen hätte. Der EuGH erteilte dem allerdings eine Absage.³² Statt eine unmittelbare Anwendbarkeit anzunehmen, interpretierte der EuGH die BASR lediglich „soweit wie möglich“ in Übereinstimmung mit dem ASCM³³ und nahm mangels eines DSB-Reports die notwendige Interpretation des WTO-Rechts selbst vor.³⁴ Bemerkenswert ist die Nicht-Annahme einer unmittelbaren Anwendbarkeit von WTO-Recht insbesondere deswegen, weil parallel zu den Verfahren vor dem EuG bzw. dem EuGH ein Panel der WTO auf Bestreben Indonesiens untersuchte, ob die

²⁴ Die Frage, welche Voraussetzungen für eine Zurechnung ausreichen, ist indes Gegenstand eines laufenden Verfahrens vor dem EuG. Siehe: Klage, eingereicht am 9. Juni 2022, *PT Indonesia Ruipu Nickel and Chrome Alloy v Commission*, ABl. EU C 294 vom 1.8.2022, 36, erhältlich im Internet: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:62022TN0348> (besucht am 27. August 2025).

²⁵ EuGH, Urteil vom 28. November 2024, *Hengshi Egypt Fiberglass Fabrics and Jushi Egypt for Fibreglass Industry v Commission*, C-269/23 P, C-272/23 P, EU:C:2023:984, Rn. 74-87; siehe auch: EuG, Urteil vom 1. März 2023, *Hengshi Egypt Fiberglass Fabrics and Jushi Egypt for Fiberglass Industry v Commission*, T-480/20, EU:T:2023:90, Rn. 91 f.; EuG, Urteil vom 1. März 2023, *Jushi Egypt for Fiberglass Industry v Commission*, T-540/20, EU:T:2023:91, Rn. 58 f.; vgl. *B. Ding*, International Trade and Business Law Review, Volume XXIV 2024, 57 (71).

²⁶ *Crochet/Hedge*, JIEL 23 (2020), 841 (845); *Rubini*, RSC Policy Paper 2023/09, 1 (6); *B. Ding*, International Trade and Business Law Review, Volume XXIV (2024), 57 (64).

²⁷ EuGH, Urteil vom 23. November 1999, *Portugal v Council*, C-149/96, EU:C:1999:574, Rn. 47; Urteil vom 16. Juli 2015, *Rusal Armenal ZAO v Commission*, C-21/14, EU:C:2015:494, Rn. 38; EuGH, Urteil vom 28. November 2024, *Hengshi Egypt Fiberglass Fabrics and Jushi Egypt for Fibreglass Industry v Commission*, C-269/23 P, C-272/23 P, EU:C:2023:984, Rn. 57; siehe auch zusammenfassend zur Anwendbarkeit von WTO-Recht im EU-Sekundärrecht: *Arnold/Klamert* in: Dausen/Ludwigs (Hrsg.) Handbuch des EU-Wirtschaftsrechts, Grundlagen, Rn. 29.

²⁸ *Fediol*-Doktrin, siehe: EuGH, Urteil vom 22. Juni 1989, *Fédération de l'industrie de l'huilerie de la CEE (Fediol) v Commission of the European Communities*, C-70/87, EU:C:1989:254, Rn. 19ff.

²⁹ *Nakajima*-Doktrin, siehe EuGH, Urteil vom 7. Mai 1991, *Nakajima All Precision Co. Ltd v Council of the European Communities*, C-69/89, EU:C:1991:186, Rn. 29ff.

³⁰ EuGH, Urteil vom 16. Juli 2015, *Rusal Armenal ZAO v Commission*, C-21/14, EU:C:2015:494, Rn. 46.

³¹ EuG, Urteil vom 1. März 2023, *Hengshi Egypt Fiberglass Fabrics and Jushi Egypt for Fiberglass Industry v Commission*, T-480/20, EU:T:2023:90, Rn. 99; EuG, Urteil vom 1. März 2023, *Jushi Egypt for Fiberglass Industry v Commission*, T-540/20, EU:T:2023:91, Rn. 66.

³² EuGH, Urteil vom 28. November 2024, *Hengshi Egypt Fiberglass Fabrics and Jushi Egypt for Fibreglass Industry v Commission*, C-269/23 P, C-272/23 P, EU:C:2023:984, Rn. 64.

³³ *Ibid.*, Rn. 65.

³⁴ *Ibid.*, Rn. 68 f.

Zurechnungstheorie, wie von der Kommission angewendet, mit WTO-Recht vereinbar ist. Mit dem Panel Report vom 2. Oktober 2025 wurde weitgehend die WTO-Rechtswidrigkeit des Vorgehens der Kommission festgestellt.³⁵ Auch wenn es dem Panel ganz offenkundig ein großes Anliegen war, nicht abschließend darüber zu entscheiden, ob transnationale Subventionen *generell* nicht im WTO-Recht geregelt sind, bleibt unter Zugrundelegung der Argumentation des Panels kaum Raum für die Annahme, dass die Kommission zukünftig WTO-rechtmäßig mit Ausgleichsmaßnahmen gegen transnationale Subventionen vorgehen kann.³⁶ Mangels unmittelbarer Anwendbarkeit von WTO-Recht erwächst daraus indes keine inner-unionale Wirkung.³⁷ Das Vorgehen der Kommission gegen transnationale Subventionen ist somit aller Voraussicht nach auch in zukünftigen Fällen nicht mit WTO-Recht vereinbar, betroffene Unternehmen könnten sich allerdings vor EU-Gerichten nicht auf WTO-Recht berufen, um Ausgleichszölle gegen ihre Waren abzuwenden.

Die Zurechnungstheorie soll im weiteren Verlauf auch hinsichtlich der Argumentation des Panels in *EU-CVD/AD on SSCFRP (Indonesia)* noch vertieft auf ihre Rechtmäßigkeit im WTO-Recht untersucht werden.³⁸ Im Hinblick auf das Urteil des EuGH im *Glasfaserfall* soll jedoch an dieser Stelle exemplarisch kurz auf die Interpretation des WTO-Rechts durch den EuGH eingegangen werden. Besonders hervorzuheben ist dabei die Analyse des EuGH zum Sinn und Zweck sowie die Interpretation von Art. 5 ASCM.

Der EuGH sieht den Sinn und Zweck des ASCM darin, die rechtlichen Vorgaben zu Subventionen und Antisubventionsmaßnahmen zu stärken, und schließt daraus, dass transnationale Subventionen in den Anwendungsbereich des ASCM fallen müssen.³⁹ Diese Interpretation ist schon deshalb fehlerhaft, da die vom EuGH zitierten Appellate Body Reports schlicht irrelevant sind. Sie weisen nur auf eine höhere Regelungsdichte hin, jedoch nicht darauf, ob Subventionen oder Ausgleichsmaßnahmen stärker begrenzt werden sollen.⁴⁰ Der tatsächliche Sinn und Zweck des ASCM ist deutlich komplexer und lässt die Annahme einer generellen Präferenz nicht zu.⁴¹ Das Panel in *US-Export Restraints* hat darüber hinaus klargestellt, dass der Sinn und Zweck sich nur auf Subventionen beziehen kann, die im Anwendungsbereich des ASCM liegen⁴² und nicht jede Subvention im ökonomischen Sinne auch eine Subvention i.S.d. ASCM darstellt.⁴³ Damit kann der Sinn und Zweck nicht genutzt werden, um bestimmte Maßnahmen als Subventionen i.S.d. ASCM

³⁵ WTO, *European Union - Countervailing and Anti-Dumping Duties on Stainless Steel Cold-Rolled Flat Products from Indonesia*, Report of the Panel vom 2. Oktober 2025, WT/DS616/R.

³⁶ Siehe hierzu die Ausführungen unter D.III.

³⁷ Das gilt selbst dann, wenn die vom DSB eingeräumte Frist zur Umsetzung einer Entscheidung bereits abgelaufen ist, siehe: EuGH, Urteil vom 1. März 2005, *Léon Van Parys NV v Belgisch Interventie- en Restitutiebureau (BIRB)*, C-377/02, EU:C:2005:121, Rn. 51 ff.; EuGH, Urteil vom 9. September 2008, *Fabbrica italiana accumulatori motocarri Montecchio SpA (FIAMM), Fabbrica italiana accumulatori motocarri Montecchio Technologies Inc. (FIAMM Technologies) en Giorgio Fedon & Figli SpA, Fedon America, Inc. v Council and Commission*, EU:C:2008:476, Rn. 117 ff.

³⁸ Siehe Abschnitt D.III.

³⁹ EuGH, Urteil vom 28. November 2024, *Hengshi Egypt Fiberglass Fabrics and Jushi Egypt for Fibreglass Industry v Commission*, C-269/23 P, C-272/23 P, EU:C:2023:984, Rn. 97 f.

⁴⁰ Tietje, EuZW 2025, 275 (285); Rubini, Transnational subsidies. How far can you go? And where will it take you to? The ECJ has spoken (Part 2); erhältlich im Internet: <https://lucaslaws.com/transnational-subsidies-how-far-can-you-go-and-where-will-it-take-you-to-the-ecj-has-spoken/> (besucht am 27. August 2025)

⁴¹ Siehe dazu auch Abschnitt D.I.3.

⁴² WTO, *United States — Measures Treating Export Restraints as Subsidies*, Report of the Panel vom 29. Juni 2001, WT/DS194/R, para. 8.63.

⁴³ *Ibid.*, para. 8.62.

einzuordnen. Dieser Argumentation hat sich das Panel in *EU-CVD/AD on SSCFRP (Indonesia)* ausdrücklich angeschlossen und damit dem Argument, dass das ASCM Maßnahmen gegen transnationale Subventionen bereithalten müsse, um einen effektiven Schutz vor der Einfuhr subventionierter Waren zu gewährleisten, eine klare Absage erteilt.⁴⁴ Indem der EuGH argumentiert, dass transnationale Subventionen unter das ASCM fallen müssen, um dem Sinn und Zweck des ASCM zu entsprechen, unterliegt er somit einem Zirkelschluss.⁴⁵ Damit diese Argumentation tragfähig ist, müsste er nämlich schon voraussetzen, dass transnationale Subventionen unter das ASCM fallen und würde somit das Ergebnis seiner Analyse bereits als Prämisse einsetzen. Generell scheint der EuGH zu übergehen, dass Sinn und Zweck-Erwägungen im WTO-Recht mangels *effet utile* nicht denselben Einfluss auf die Interpretation haben können, wie im EU-Recht.⁴⁶

Dieser Fehler setzt sich auch in der Interpretation von Art. 5 ASCM fort, dessen Auslegung in der WTO-Streitbeilegung seit jeher hart umkämpft ist.⁴⁷ Der EuGH wiederum belässt es bei der unbelegten Feststellung, dass Art. 5 ASCM auch so ausgelegt werden könne, dass Staaten auch keine nachteiligen Effekte auf die Interessen anderer Mitglieder verursachen dürfen, indem sie Unternehmen ermöglichen, von transnationalen Subventionen zu profitieren.⁴⁸ Insgesamt entsteht so der Eindruck, dass der EuGH zwar oberflächlich Kohärenz mit dem WTO-Recht anstrebt, die Entscheidung jedoch ergebnisorientiert argumentiert und das WTO-Recht entsprechend dieses bereits feststehenden Ergebnisses nach auslegt.⁴⁹ Eine solche unilaterale Ausweitung des von den Vertragsparteien Vereinbarten ist nicht nur angesichts der geopolitischen, internationalen Implikationen⁵⁰ höchst problematisch, es stellt auch die korrekte juristische Vorgehensweise auf den Kopf.⁵¹

II. Vereinigte Staaten von Amerika

In den USA ist das Handelsministerium der Vereinigten Staaten (Department of Commerce, DOC) für die Untersuchung von Subventionen und die Verhängung von Ausgleichsmaßnahmen zuständig.⁵² Die Zulässigkeit von Ausgleichsmaßnahmen ist in Subtitle A of Title VII of the Tariff Act of 1930 (Sections 701 ff.) geregelt. Transnationale Subventionen waren lange Zeit ausdrücklich von der Möglichkeit Ausgleichsmaßnahmen zu verhängen ausgenommen. Gemäß § 351.527 (a) Code of Federal Regulations (CFR) in der Form bis 24. April 2024 lag eine Subvention nicht vor, wenn sie von einer Regierung außer-

⁴⁴ Vgl. WTO, *European Union - Countervailing and Anti-Dumping Duties on Stainless Steel Cold-Rolled Flat Products from Indonesia*, Report of the Panel vom 2. Oktober 2025, WT/DS616/R, para. 7.96.

⁴⁵ So auch Tietje, EuZW 2025, 275 (285).

⁴⁶ Rubini, Transnational subsidies. How far can you go? And where will it take you to? The ECJ has spoken (Part 2); Rubini, The Definition of Subsidy and State Aid, 15; Tietje, EuZW 2025, 275 (285).

⁴⁷ Rubini, Transnational subsidies. How far can you go? And where will it take you to? The ECJ has spoken (Part 2); Überblick zur Auslegung von Art. 5 ASCM in Van den Bossche/Zdouc, The Law and Policy of the WTO, 891 ff.

⁴⁸ EuGH, Urteil vom 28. November 2024, *Hengshi Egypt Fiberglass Fabrics and Jushi Egypt for Fibreglass Industry v Commission*, C-269/23 P, C-272/23 P, EU:C:2023:984, Rn. 94.

⁴⁹ Mit diesem Ergebnis auch Tietje, EuZW 2025, 275 (285).

⁵⁰ Vgl. Abschnitt C.III.; siehe auch: Rubini, Guest Post: Time to regulate cross-border subsidies? Who decides?, International Economic Law and Policy Blog vom 17. Mai 2024.

⁵¹ So auch bzgl. der EuG-Urteile: Rubini, RSC Policy Paper 2023/09, 1 (9).

⁵² Title VII of the Tariff Act of 1930, erhältlich im Internet: <https://www.govinfo.gov/content/pkg/COMPS-8183/pdf/COMPS-8183.pdf> (besucht am 27. August 2025).

halb des Landes, in dem sich die subventionierte Firma befand, vergeben wurde.⁵³ Es handelte sich dabei um eine Auslegungsregel von Sec. 701 Tariff Act of 1930.⁵⁴ Diese Einschränkung galt seit 1988 und war Ausfluss der historischen Realität, dass transnationale Subventionen allein in Form von Entwicklungshilfe gewährt wurden, gegen die man keine Ausgleichsmaßnahmen verhängen wollte.⁵⁵ Ausgehend von der Beobachtung, dass sich diese Realität insbesondere im Rahmen der BRI drastisch geändert hat, entschied das DOC die Einschränkung aus § 351.527 CFR zu streichen und somit Untersuchungen gegen transnationale Subventionen und die Verhängung von Ausgleichsmaßnahmen zu ermöglichen.⁵⁶ Die Änderung trat am 24. April 2024 in Kraft.⁵⁷ Seitdem wurden mehrere Untersuchungen gegen vermeintliche transnationale Subventionen durchgeführt.⁵⁸ Des Weiteren wurde zum wiederholten Male ein Gesetzesvorschlag eingebracht, der unter anderem explizit transnationale Subventionen benennt und Voraussetzungen für deren Vorliegen definiert.⁵⁹ Der Vorschlag scheint dabei im Wesentlichen auf der Zurechnungstheorie zu beruhen.⁶⁰ Die Erfolgsaussichten des parteiübergreifenden Vorschlags werden als sehr gut wahrgenommen.⁶¹ Transnationale Subventionen finden sich auch in der „America First Trading Policy“ wieder, die US-Präsident *Trump* am ersten Tag seiner Amtszeit unterzeichnete.⁶² Ausgleichsmaßnahmen gegen transnationale Subventionen werden als „verborgenes Arsenal“ der US-Regierung wahrgenommen, welches die derzeitige Zollpolitik *Trump*s gegen China ergänzen wird.⁶³

⁵³ § 351.527 Code of Federal Regulations, Fassung bis 23. April 2024, erhältlich im Internet: <https://www.ecfr.gov/compare/current/to/2024-04-23/title-19/chapter-III/part-351/subpart-E/section-351.527> (besucht am 27. August 2025).

⁵⁴ Regulations Improving and Strengthening the Enforcement of Trade Remedies Through the Administration of the Antidumping and Countervailing Duty Laws, Federal Register/Vol. 89, No. 58/Monday, March 25, 2024/Rules and Regulations, 20776 (20826).

⁵⁵ *Ibid.*, 20826 f.

⁵⁶ *Ibid.*, 20826.

⁵⁷ *Ibid.*, 20766.

⁵⁸ Z.B. Untersuchung gegen vietnamesische Hersteller von Solarpaneelen. Siehe: *Santarris*, Commerce finds Chinese cross-border subsidies, hikes proposed duties on imports from Vietnam, erhältlich im Internet: <https://pv-magazine-usa.com/2025/03/21/commerce-finds-chinese-cross-border-subsidies-hikes-proposed-duties-on-imports-from-vietnam/> (besucht am 27. August 2025), Eine endgültige Entscheidung wird bis zum 2. Juli 2025 erwartet.

⁵⁹ „Leveling the Playing Field 2.0 Act“, S. 691, To amend the Tariff Act of 1930 to improve the administration of antidumping and countervailing duty laws, and for other purposes, erhältlich im Internet: <https://www.congress.gov/bill/119th-congress/senate-bill/691> (besucht am 27. August 2025); wortgleich eingebracht im Repräsentantenhaus, H. R. 1548, To amend the Tariff Act of 1930 to improve the administration of antidumping and countervailing duty laws, and for other purposes, erhältlich im Internet: <https://www.congress.gov/bill/119th-congress/house-bill/1548/text/ih> (besucht am 27. August 2025)

⁶⁰ Voraussetzung für die Zurechnung einer drittstaatlichen Subvention ist eine Erleichterung oder Ermöglichung durch das Exportland („the subject country *facilitates* the provision of such subsidy“), Sec. 201 (4) Title II Responding to Market Distortions, Levelling the Playing Field 2.0.

⁶¹ *Belinel/Bhatti/Zielinski/Conte*, Leveling the Playing Field 2.0 Reintroduced, erhältlich im Internet: <https://www.cassidylevy.com/news/leveling-the-playing-field-2-0-act-reintroduced/> (besucht am 27. August 2025)

⁶² *The White House*, America First Trade Policy, Section 2 (h), 20. Januar 2025, erhältlich im Internet: <https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/2025/01/america-first-trade-policy/> (besucht am 27. August 2025)

⁶³ *Juliansyah*, Ones to watch: Hidden Arsenal under Trump’s Trading Policy, 19. Februar 2025, erhältlich im Internet: <https://www.linkedin.com/pulse/ones-watch-hidden-arsenal-under-trumps-trade-policy-julian-syah-af5xc/> (besucht am 27. August 2025)

III. Bewertung

Das Vorgehen gegen transnationale Subventionen auf beiden Seiten des Atlantiks scheint sich zu verstetigen. Argumentiert wird jeweils mit dem Schutz heimischer Industrien.⁶⁴ In ökonomischer Hinsicht sind Ausgleichszölle allerdings unter dem Strich fast immer unvorteilhaft für einen importierenden Staat.⁶⁵ Der Import subventionierter Produkte wiederum ist auch in Anbetracht der möglichen negativen Auswirkungen auf die heimische Industrie in Summe zumeist ein Gewinngeschäft für den importierenden Staat, da Vorläuferprodukte für die Industrie günstiger werden und Preise für Konsumenten sinken.⁶⁶ Insgesamt besteht auch die Sorge, dass sich das Vorgehen der EU und der USA weltweit etabliert und so großflächig staatlich unterstützte Auslandsinvestitionen in den Fokus von Anti-Subventionsuntersuchungen geraten.⁶⁷ Das würde nicht zuletzt Auslandsinvestitionen europäischer und amerikanischer Firmen treffen, die in der Regel ebenfalls in irgendeiner Form staatlich unterstützt sind.⁶⁸ Besonders hart trifft das Vorgehen gegen transnationale Subventionen allerdings Entwicklungsstaaten, die durch Kooperationen im Rahmen der BRI oder ähnlichen Projekten auf wirtschaftliche Entwicklung hoffen. Ausgleichszölle gegen Waren aus solchen Ländern könnten Anreize zunichtemachen, die Entwicklungsstaaten setzen, um wichtige Fremdinvestitionen in ihre Wirtschaft anzuziehen.⁶⁹ Es zeigt sich bereits, dass Produktionsstätten immer wieder in andere Staaten verlagert werden, um Ausgleichszölle zu umgehen,⁷⁰ wodurch in den betroffenen Entwicklungsstaaten Arbeitsplätze und Steuereinnahmen verloren gehen.⁷¹

⁶⁴ Z.B.: *Europäische Kommission*, Eine halbe Million Arbeitsplätze in der EU 2023 durch EU-Handelsschutz gesichert, Pressemitteilung vom 24. September 2024, erhältlich im Internet: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_4829 (besucht am 27. August 2025); *International Trade Administration*, U.S. Department of Commerce Updates Trade Enforcement Regulations to Level the Playing Field for U.S. Producers and Workers, Press Release vom 19. Dezember 2024, erhältlich im Internet: <https://www.trade.gov/press-release/us-department-commerce-updates-trade-enforcement-regulations-level-playing-field-us-0> (besucht am 27. August 2025)

⁶⁵ Z.B. *Jackson*, *The World Trading System*, 281; *Sykes*, *Stanford Law and Economics Olin Working Paper No. 472* (2015), 1 (3 f.).

⁶⁶ *Sykes*, *Stanford Law and Economics Olin Working Paper No. 472* (2015), 1 (4); *Rubini*, *Definition of Subsidy and State Aid*, 42 ff.

⁶⁷ *Evenett/Sud/Vermulst*, *GTCJ* 15 (2020), 413 (417 f.); *Zhou/Crochet*, *CIBEL Working Paper Series 6* (2024), 1 (10 f.)

⁶⁸ Z.B. durch Exportkreditversicherungen oder Kredite der European Investment Bank, siehe: *Evenett/Sud/Vermulst*, *GTCJ* 15 (2020), 413 (417 f.)

⁶⁹ *Crochet/Hedge*, *JIEL* 2020, 23, 841 (856 f.); *Evenett/Sud/Vermulst*, *GTCJ* 15 (2020), 413 (417); *Pop/Amador*, *Transnational Subsidies: Achilles' Heel for Foreign Investment, Trade, and Competition*, *CPI Antitrust Chronicles May 2023* vom 22. Mai 2023, 7, *Amad*, *AJIL* 14 (2024), 72 (75 ff.); *R. Ding/Xiang*, *Journal of WTO and China* 12 (2022), 45 (73 f.).

⁷⁰ Es ergibt sich ein Katz-und-Maus-Spiel, das über Anti-Umgehungsuntersuchungen zu verhindern versucht wird. Die Anwendung und Reichweite solcher Verfahren nehmen sowohl in der EU als auch in den USA zu. Siehe dazu: *Crochet/Hedge*, *Guest Post: The Imitation Game: Recent Developments on Transnational Subsidies and Anticircumvention in Europe and the United States*, *International Economic Law and Policy Blog* vom 16. März 2022; *Pop/Amador*, *Transnational Subsidies: Achilles' Heel for Foreign Investment, Trade, and Competition*, *CPI Antitrust Chronicles May 2023* vom 22. Mai 2023, 4 f.

⁷¹ Z.B.: *Crochet/Hedge*, *Guest Post: The Imitation Game: Recent Developments on Transnational Subsidies and Anticircumvention in Europe and the United States*, *International Economic Law and Policy Blog* vom 16. März 2022.

Vor dem Hintergrund dieser internationalen, geopolitischen Folgen stellt sich die Frage, inwiefern transnationale Subventionen und Ausgleichsmaßnahmen gegen diese welthandelsrechtlich geregelt sind.

D. Transnationale Subventionen im WTO-Recht

Subventionen sowie Ausgleichsmaßnahmen sind innerhalb der Rechtsordnung der WTO zum größten Teil in Art. XI, XVI GATT und im Besonderen im ASCM geregelt.⁷² Spezifische Regelungen für landwirtschaftliche Subventionen enthält das „Agreement on Agriculture“ (AG).⁷³ Subventionen in Bezug auf Dienstleistungen sind im WTO-Recht nicht geregelt.⁷⁴ Die vorliegende Arbeit begrenzt sich auf das besonders praxisrelevante Problemfeld der Warensubvention als Anlass der Debatte über transnationale Subventionen und lässt den Spezialfall der Agrarsubventionen außen vor.

Wenn eine Subvention i.S.v. Art. 1.1 ASCM vorliegt und diese spezifisch i.S.v. Art. 2 ASCM ist, hält das ASCM Maßnahmen gegen diese nach Part II, III und V ASCM bereit. Maßnahmen gegen Subventionen, die nicht unter das ASCM fallen, verstoßen indes gegen das Meistbegünstigungsprinzip i.S.v. Art. I:1 GATT. Es wird vorliegend argumentiert, dass transnationale Subventionen zwar unter den Subventionsbegriff nach Art. 1.1 ASCM fallen (I.), aber niemals spezifisch i.S.v. Art. 2 ASCM sein können (II.). Die Zurechnungstheorie kann daran nichts ändern, da sie nicht mit dem ASCM vereinbar ist (III.). Es folgt, dass der Anwendungsbereich des ASCM für transnationale Subventionen nicht eröffnet ist (IV). Anknüpfend an diese Erkenntnis, werden schließlich mögliche Handlungsoptionen im WTO-Recht aufgezeigt (V.).

I. Definition einer Subvention nach Art. 1.1 ASCM

Eine Subvention i.S.d. ASCM ist jede finanzielle Zuwendung einer Regierung oder einer öffentlichen Stelle innerhalb des Territoriums eines Mitgliedsstaates, die einen Vorteil beim Subventionsempfänger gewährt.⁷⁵ Potentiell problematisch für die Frage, ob transnationale Subventionen unter den Subventionsbegriff i.S.v. Art. 1.1 ASCM fallen, ist der Einschub „within the territory of a member“. Eine Auslegung von Art. 1.1 ASCM nach Art. 31 Wiener Vertragsrechtskonvention (Vienna Convention on the Law of Treaties, VCLT)⁷⁶ ergibt indes, dass dieser Einschub keine territoriale Einschränkung hinsichtlich der finanziellen Zuwendung vornimmt und somit auch transnationale Subventionen unter den Subventionsbegriff fallen. Gemäß Art. 31 VCLT ist ein Vertrag nach Treu und Glauben in Überein-

⁷² Van den Bossche/Zdouc, The Law and Policy of the WTO, 842; Tietje, in: Tietje/Nowrot (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, 164 (240).

⁷³ Siehe Part V AG.

⁷⁴ Zwar enthält das „General Agreement on Trade in Services“ (GATS) in Art. XV GATS eine Aufforderung zur Verhandlung über Dienstleistungssubventionen, diese haben allerdings nie stattgefunden, vgl. Horlick/Clarke, JIEL 20 (2017), 673 (686 f.); Anyi/Delei, Journal of WTO and China 13 (2023), 23 (34 f.).

⁷⁵ Vgl. Art. 1.1 ASCM, siehe auch: WTO, *United States — Countervailing Measures on Certain Hot-Rolled Carbon Steel Flat Products from India*, Report of the Appellate Body vom 8. Dezember 2014, WT/DS436/AB/R, para. 4.8.

⁷⁶ Zur Anwendbarkeit von Art. 31 VCLT auf WTO-Abkommen als Quelle von Völkergewohnheitsrecht zur Auslegung im Sinne von Art. 3.2 DSU: WTO, *United States — Standards for Reformulated and Conventional Gasoline*, Report of the Appellate Body vom 29. April 1996, WT/DS2/AB/R, S. 17.

stimmung mit der gewöhnlichen, seinen Bestimmungen in ihrem Zusammenhang zukommenden Bedeutung und im Lichte seines Ziels und Zwecks auszulegen.

1. Gewöhnliche Bedeutung der Bestimmung

Auf den ersten Blick scheinen Subventionen außerhalb des Territoriums eines Mitgliedsstaates wegen der Beschreibung eines Vorgangs „within the territory of a Member“⁷⁷ nicht vom Subventionsbegriff im Sinne von Art. 1.1 ASCM umfasst zu sein.⁷⁸ Der Einschub sei hinzugefügt worden, um Subventionen aus dem Anwendungsbereich auszuschließen, die ein Staat außerhalb seines Territoriums gewährt.⁷⁹ Allerdings folgt der Einschub direkt und ohne Komma auf „a government or any public body“ und die anschließende Klammerung fasst den vorangegangenen Teil mit „referred to in this Agreement as government“ zusammen.⁸⁰ Das spricht dafür, dass sich „within the territory“ nur auf „a government or any public body“ bezieht und nicht auf die finanzielle Zuwendung.⁸¹ Diese Position nahmen auch die USA und die EU in *US-FSC (21.5 EC)* ein.⁸² Wäre gewollt gewesen, dass nur finanzielle Zuwendungen innerhalb eines Mitgliedsstaates unter Art. 1.1 ASCM fallen, hätte man die Definition wie folgt formulieren müssen: „a financial contribution within the territory of a Member by a government, etc.“⁸³ Das war auch die Auffassung der Parteien in *Brazil-Aircraft*. In diesem Fall wurden „Export-Credits“ als vom Subventionsbegriff inbegriffen verstanden, obwohl bei diesen eine finanzielle Zuwendung außerhalb des Territoriums des subventionsgewährenden Staates erfolgt.⁸⁴ Hinsichtlich der Vorteilsgewährung sieht der Wortlaut keine territoriale Einschränkung vor.⁸⁵ Der Empfänger des Vorteils definiert allerdings den Empfänger der Subvention.⁸⁶

Nach der gewöhnlichen Bedeutung von Art. 1.1 ASCM könnten transnationale Subventionen somit Subventionen i.S.d. ASCM darstellen.

2. Zusammenhang

Eine Reihe von Vorschriften im ASCM nehmen scheinbar territoriale Einschränkungen vor. So spricht Art. 2 ASCM beispielsweise von der Spezifität „within the jurisdiction of the granting authority“, was darauf hinweisen könnte, dass Subventionen außerhalb des Terri-

⁷⁷ Art. 1.1 a) (1) ASCM.

⁷⁸ So z.B. *Crochet/Hedge*, JIEL 2020, 23, 841 (847 f.); *R. Ding/Xiang*, Journal of WTO and China, 12 (2022), 45 (49).

⁷⁹ Damit sollte verhindert werden, dass Kredite der Weltbank, Zuwendungen im Rahmen des Marshall-Plans, Zahlungen der BRD an West-Berlin oder Kriegsreparationszahlungen mit Ausgleichsmaßnahmen belegt werden können. Siehe: *Horlick*, GTCJ 8, (2013), 297 (298).

⁸⁰ Vgl. WTO, *United States — Countervailing Duty Measures on Certain Products from China*, Report of the Appellate Body vom 18. Dezember 2014, WT/DS437/AB/R, para. 4.42.

⁸¹ So z.B.: *B. Ding*, International Trade and Business Law Review, Volume XXIV 2024, 57 (66).

⁸² WTO, *United States — Tax Treatment for “Foreign Sales Corporations” (Art. 21.5 DSU)*, Report of the Panel vom 20. August 2001, WT/DS108/RW, Annex F-1, para. 149 ff.; Annex F-3 para. 101 ff.

⁸³ WTO, *United States — Tax Treatment for “Foreign Sales Corporations” (Art. 21.5 DSU)*, Report of the Panel vom 20. August 2001, WT/DS108/RW, Annex F-3, para. 103.

⁸⁴ WTO, *Brazil — Export Financing Programme for Aircraft*, Report of the Panel vom 14. April 1999, WT/DS46/R, para. 2.1 ff., 4.19 f., siehe auch lit. j) Annex I ASCM.

⁸⁵ So auch *Reinhold*, Journal of World Trade 2024 (December Issue), 1 (16).

⁸⁶ Vgl. Art. 14 ASCM; siehe auch *Crochet/Hedge*, JIEL 2020, 23, 841 (848).

toriums eines Staates nicht spezifisch sein können.⁸⁷ Aus den Überschriften von Art. 1 und Art. 2 ASCM, dem Wortlaut von Art. 2.1 ASCM und Art. 1.2 ASCM folgt indes, dass die Spezifitätsvoraussetzung und die Definition voneinander getrennte Konzepte sind und Art. 2 ASCM somit auch keinen Einfluss auf das Vorliegen einer Subvention i.S.v. Art. 1.1 ASCM haben kann.⁸⁸ Art. 13 ASCM,⁸⁹ Art. 18 ASCM,⁹⁰ Art. 25.2 ASCM⁹¹ sowie Fn. 63 zu Annex IV ASCM⁹² nehmen scheinbar ebenfalls eine territoriale Einschränkung vor. Allerdings betreffen diese die Verfügbarkeit von Ausgleichsmaßnahmen nach Part V, die Notifikationspflicht bzw. die Berechnungsgrundlage zum Nachweis von „serious prejudice“ i.S.v. Art. 6.1 a) ASCM. Dies sind jeweils völlig unterschiedliche Thematiken im Vergleich zum Subventionsbegriff und können demnach nicht zur Auslegung von Art. 1.1 ASCM herangezogen werden.⁹³ Außerdem setzen diese Textstellen jeweils bereits das Vorliegen einer Subvention voraus und können demnach nicht die Legaldefinition beeinflussen.⁹⁴ Somit sprechen keine systematischen Gründe gegen eine Umfassung transnationaler Subventionen als Subventionen i.S.v. Art. 1.1 ASCM.

3. Sinn und Zweck

Dem Sinn und Zweck kommt im Rahmen der Auslegung von WTO-Recht nur eine untergeordnete Rolle zu. Grund dafür ist nicht zuletzt, dass multilaterale Abkommen zumeist mehr als einen Sinn und Zweck haben und sich die verschiedenen Ansätze teilweise auch widersprechen.⁹⁵ So argumentiert das Panel in *Canada-Aircraft* auch ausdrücklich für das ASCM und hält fest, dass es unklug wäre, dem Sinn und Zweck übermäßige Bedeutung zukommen zu lassen.⁹⁶ Das ASCM wurde ohne Präambel verhandelt, aus der man direkt Sinn und Zweck des Übereinkommens schließen könnte. Der AB hat in *US-DRAMS* zum Sinn und Zweck des ASCM festgehalten, dass die Abwägung zwischen der Beschränkung von Subventionen und der Beschränkung von Ausgleichsmaßnahmen ein empfindliches Gleichgewicht darstellt.⁹⁷ Das Panel in *Brazil-Aircraft* hat indes angenommen, dass es der Sinn und Zweck des ASCM sei, den internationalen Handel verzerrende Subventionen

⁸⁷ zu diesem Problemfeld: Abschnitt D.II.

⁸⁸ Laut dem Appellate Body in *US-CVD (China)* informiert das Ergebnis unter Art. 1.1 ASCM die Untersuchung unter Art. 2 ASCM und nicht andersherum: WTO, *United States — Countervailing Duty Measures on Certain Products from China*, Report of the Appellate Body vom 18. Dezember 2014, WT/DS437/AB/R, para. 4.167.

⁸⁹ Art. 13.1 ASCM: „Members the product of which are subject to such investigations shall be invited for consultations“.

⁹⁰ Art. 18.1 a) ASCM: „the government of the exporting Member“

⁹¹ Art. 25.2 ASCM: „Members shall notify any subsidy [...] granted or maintained within their territory“

⁹² Fn. 63 zu Annex IV ASCM: „The recipient firm is a firm in the territory of the subsidizing Member“; Art. 6.1 a) ASCM, auf den sich Annex IV ASCM bezieht, ist seit 1. Januar 2000 außer Kraft, vgl. Art. 31 ASCM.

⁹³ *Crochet/Gustafsson*, World Trade Review 20 (2021), 343 (349); *Reinhold*, Journal of World Trade 2024 (December Issue), 1 (14).

⁹⁴ Vgl. *Schiering*, Beiträge zum transnationalen Wirtschaftsrecht 183 (2022), 1 (29); *Reinhold*, Journal of World Trade 2024 (December Issue), 1 (14).

⁹⁵ *Rubini*, The Definition of Subsidy and State Aid, 11 ff.

⁹⁶ WTO, *Canada — Measures Affecting the Export of Civilian Aircraft*, Report of the Panel vom 14. April 1999, WT/DS70/R, para. 9.119.

⁹⁷ WTO, *United States — Countervailing Duty Investigation on Dynamic Random Access Memory Semiconductors (DRAMs) from Korea*, Report of the Appellate Body vom 27. Juni 2005, WT/DS296/AB/R, para. 115.

multilateraler Disziplin zu unterwerfen.⁹⁸ Daraus könnte man schlussfolgern, dass transnationale Subventionen in jedem Fall unter den Subventionsbegriff fallen müssen, da sie die gleichen handelsverzerrenden Effekte haben können, wie inländische Subventionen.⁹⁹ Allerdings ist anerkannt, dass nicht alle Maßnahmen, die im Sinne der ökonomischen Theorie eine den Handel verzerrende Subvention darstellen, auch zwingend unter den Subventionsbegriff des ASCMs fallen müssen.¹⁰⁰ Das ergibt sich auch daraus, dass sich der Sinn und Zweck nur auf Subventionen wie im ASCM definiert bezieht.¹⁰¹ Der Sinn und Zweck des ASCM ist somit gerade nicht geeignet, die Auslegung der Definition einer Subvention i.S.d. ASCM zu beeinflussen.

4. Zwischenergebnis

Dem Wortlaut von Art. 1.1 ASCM nach können transnationale Subventionen Subventionen i.S.d. ASCM darstellen. Zwar deuten einige Textpassagen des ASCM in eine andere Richtung, allerdings setzen diese das Vorliegen einer Subvention i.S.v. Art. 1.1 ASCM voraus und können somit nicht die Auslegung der Legaldefinition beeinflussen. Der Sinn und Zweck ist wenig hilfreich, sodass im Ergebnis der Subventionsbegriff aus Art. 1.1 ASCM transnationale Subventionen zu umfassen scheint.

Dieser Rechtsauffassung steht nicht entgegen, dass das Panel in *EU-CVD/AD on SSCRFP (Indonesia)* angenommen hat, dass das Vorgehen der Kommission schon gegen Art. 1.1 (a) (1) ASCM verstößt. Das Panel hat gerade keine vollständige Analyse angestellt, ob und wie transnationale Subventionen im WTO-Recht geregelt sind, sondern hat lediglich das konkrete Vorgehen der Kommission in Form der Zurechnungstheorie (im Panel Report sog. „inducement“) rechtlich gewürdigt. Dass dieses gegen Art. 1.1 (a) (1) ASCM verstößt, entspricht gerade der in dieser Arbeit geäußerten Auffassung.

II. Spezifität nach Art. 2 ASCM

Die Spezifität von Subventionen ist Voraussetzung dafür, dass Maßnahmen im Sinne der Parts II (gegen verbotene Subventionen), III (gegen anfechtbare Subventionen) und V (mit unilateralen Ausgleichmaßnahmen) zur Verfügung stehen.¹⁰² Art. 2 ASCM beschreibt die Bedingungen, damit eine Subvention spezifisch „within the jurisdiction of the granting authority“ ist.¹⁰³ Subventionen können somit dem Grunde nach nur spezifisch sein, wenn sie innerhalb der Jurisdiktion der gewährenden Stelle einen Vorteil gewähren. Aus der Auslegung des Jurisdiktionsbegriffs aus Art. 2 ASCM nach Art. 31 VCLT ergibt sich, dass mit diesem eine territoriale Einschränkung vorgenommen wird, die dazu führt, dass transnationale Subventionen niemals spezifisch sein können.

⁹⁸ WTO, *Brazil — Export Financing Programme for Aircraft*, Report of the Panel vom 14. April 19999, WT/DS46/R, para. 7.26.

⁹⁹ So z.B. im Kern EuGH, Urteil vom 28. November 2024, *Hengshi Egypt Fiberglass Fabrics and Jushi Egypt for Fibreglass Industry v Commission*, C-269/23 P, C-272/23 P, EU:C:2023:984, Rn. 97; B. Ding, *International Trade and Business Law Review*, Volume XXIV 2024, 57 (67 f.).

¹⁰⁰ WTO, *United States — Measures Treating Export Restraints as Subsidies*, Report of the Panel vom 29. Juni 2001, WT/DS194/R, para. 8.62.

¹⁰¹ *Ibid.*, para. 8.63; WTO, *European Union - Countervailing and Anti-Dumping Duties on Stainless Steel Cold-Rolled Flat Products from Indonesia*, Report of the Panel vom 2. Oktober 2025, WT/DS616/R, para. 7.96.

¹⁰² Siehe Art. 1.2 ASCM.

¹⁰³ Art. 2.1 ASCM.

1. Gewöhnliche Bedeutung der Bestimmung

Jurisdiktion wird als „the extent or range of judicial or administrative power, the territory over which such power extends“ definiert.¹⁰⁴ In den Worten des *Permanent Court of International Justice* ist Jurisdiktion „certainly territorial, it cannot be exercised by a state outside its territory.“¹⁰⁵ Hinsichtlich des Jurisdiktionsbegriffs i.S.v. Art 2 ASCM wird indes eine Ausweitung der Jurisdiktion über ein rein territoriales Verständnis hinaus diskutiert. Vorgeschlagen wird die Erweiterung auf personale Jurisdiktion über die Staatszugehörigkeit des Mutterkonzerns¹⁰⁶ sowie extraterritorial auf Sonderwirtschaftszonen¹⁰⁷ oder auf den Wirkungsbereich der gewährenden Stelle.¹⁰⁸

Gegen alle Ausweitungstheorien spricht, dass Jurisdiktion im WTO-Recht bisher nur territorial verstanden wurde.¹⁰⁹ Auch Jurisdiktion i.S.d. Art. 2 ASCM wurde bisher so verstanden, dass diese sich auf das Territorium eines Staates bzw. im Falle regional agierender Stellen auf die jeweilige Region bezieht.¹¹⁰ Es ist zudem zu betonen, dass die vorliegende Debatte eine völlig andere Ausgangslage betrifft als übliche Diskussionen über die Erweiterung der Jurisdiktion. Vorliegend geht es nicht darum, dass ein Staat seine eigene Jurisdiktion auf ein bestimmtes Territorium oder Unternehmen ausdehnt, sondern darum, dass die Jurisdiktion eines Drittstaates auf ein fremdes Territorium oder Unternehmen ausgeweitet wird. Infolgedessen wird nicht nur die Souveränität des Staates beeinträchtigt, auf dessen Territorium ein Unternehmen tätig ist, sondern auch die des Staates, der die Subvention gewährt, da diesem die Jurisdiktion über ein fremdes Territorium oder Unternehmen zugeschrieben wird.

Eine Ausweitung in personaler Hinsicht über die Staatszugehörigkeit des Mutterkonzerns steht darüber hinaus auch im Konflikt mit dem in *Barcelona Traction* vom IGH entwickelten Grundsatz, dass der Durchgriff auf ein Tochterunternehmen aufgrund der Staatszugehörigkeit der Anteilseigner nicht möglich ist und es stattdessen allein auf die Staatszugehörigkeit der Tochter ankommt, die sich nach innerstaatlichem Recht bestimmt.¹¹¹ Einen Ausweg könnte die Kontrolltheorie bieten, die einen Durchgriff durch die gesellschaftsrechtliche Struktur ermöglicht und auf die tatsächliche Kontrolle durch die

¹⁰⁴ Oxford English Dictionary, Meaning and Use „Jurisdiction“, erhältlich im Internet: https://oed.com/dictionary/jurisdiction_n?tab=meaning_and_use (besucht am 27. August), zum Rückgriff auf Wörterbucheinträge siehe: WTO, *United States — Continued Dumping and Subsidy Offset Act of 2000*, Report of the Appellate Body vom 16. Januar 2003, WT/DS217/AB/R, WT/DS234/AB/R, para. 248.

¹⁰⁵ PCIJ, *The Case of the S.S. Lotus* (France v. Turkey) vom 7. September 1927, Permanent Court of International Justice Series A: Collection of Judgments (1923-1930), A10, para. 45.

¹⁰⁶ *Bartels*, Does WTO law really not regulate ‘foreign subsidies’?, Trade Links vom 22. Juni 2020; *B. Ding*, International Trade and Business Law Review, Volume XXIV (2024), 57 (67).

¹⁰⁷ *Zhou/Crochet*, CIBEL Working Paper Series 6 (2024), 1 (15); *Reinhold*, Journal of World Trade 2024 (December Issue), 1 (18).

¹⁰⁸ *Zmazhenko*, Current Problems of Regulation of Cross-Border Subsidies, 72.

¹⁰⁹ WTO, *United States — Import Prohibition of Certain Shrimp and Shrimp Products*, Report of the Appellate Body vom 12. Oktober 1998, WT/DS58/AB/R, para. 133.

¹¹⁰ „In situations where the granting authority is the central government, the scope of the jurisdiction is usually the entire territory of the relevant Member. Conversely, in a situation where the granting authority is a regional or local government, the scope of the jurisdiction is usually limited to the territory of that regional or local government.“, WTO, *United States — Countervailing Duty Measures on Certain Products from China*, Report of the Appellate Body vom 18. Dezember 2014, WT/DS437/AB/R, para. 4.165.

¹¹¹ IGH, *Barcelona Traction, Light and Power Co. Ltd.* (Belgium v. Spain), ICJ Reports 1970, 3 (42).

Anteilseigner abstellt.¹¹² Der IGH schloss die Anwendung der Kontrolltheorie in *Barcelona Traction* allerdings aus, da sie völkergewohnheitsrechtlich nicht anerkannt ist.¹¹³ Ausnahmen sind lediglich in Fällen denkbar, in denen Konzernstrukturen zur Umgehung elementarer staatlicher Regelungen wie z.B. sicherheitspolitisch relevanter Verbote genutzt werden.¹¹⁴ Eine solche Situation liegt im Falle transnationaler Subventionen im Regelfall nicht vor. Weiterhin sollte die Anwendung der Kontrolltheorie in keinem Fall dazu führen, dass multinationale Unternehmen umfassend einer bestimmten Jurisdiktion zugewiesen werden.¹¹⁵ Eine Anwendung der Kontrolltheorie auf Konzernstrukturen im Rahmen der BRI würde Unternehmen allerdings aufgrund der vorherrschenden Konzernstrukturen umfassend der chinesischen Jurisdiktion unterstellen und ist deshalb abzulehnen.

Eine Jurisdiktionserweiterung, die auch Sonderwirtschaftszonen umfasst, würde wiederum voraussetzen, dass ein fremder Staat sein eigenes Recht in der Sonderwirtschaftszone auf dem Territorium eines anderen Staates setzt und anwendet.¹¹⁶ Eine solche Übertragung von Hoheitsgewalt ist allerdings nicht zu erwarten. Auch wenn Sonderwirtschaftszonen eine eigene Jurisdiktion innerhalb des Staates bilden, bleibt das Recht des Staates anwendbar, in dessen Territorium sich die Wirtschaftszone befindet.

Anzunehmen, dass Jurisdiktion sich auf den tatsächlichen Wirkungsbereich der gewährenden Stelle bezieht, lässt die Voraussetzung der Jurisdiktion völlig ins Leere laufen. Art. 2 ASCM geht bereits von einer gewährten Subvention aus, insofern hatte die gewährende Stelle offensichtlich die Möglichkeit zur Gewährung der Subvention und es hätte den Einschub „within the jurisdiction of the granting authority“ nicht bedurft. Eine Auslegung, die ganze Textstellen gegenstandslos werden lässt, ist allerdings unzulässig.¹¹⁷

Im Ergebnis weiß keine der Theorien zur Ausweitung des Jurisdiktionsbegriffs zu überzeugen. Demnach ist Jurisdiktion i.S.d. Einschubs „within the jurisdiction of the granting authority“ dem Wortlaut nach rein territorial zu verstehen und bezieht sich je nach gewährender Stelle auf das Territorium des Staates oder ein Teilgebiet innerhalb eines solchen Staates.¹¹⁸

2. Zusammenhang

Gemäß Art. 2.3 ASCM gelten verbotenen Subventionen als spezifisch („deemed to be specific“). Da der Wortlaut von Art. 3 ASCM keine territoriale Einschränkung vorsieht, sollen verbotene Subventionen auch dann spezifisch sein, wenn sie einen Vorteil außerhalb der

¹¹² Meng, Extraterritoriale Jurisdiktion im öffentlichen Wirtschaftsrecht, 474 f.; Tietje, in: Tietje/Nowrot (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, 1 (57).

¹¹³ IGH, *Barcelona Traction, Light and Power Co. Ltd.* (Belgium v. Spain), ICJ Reports 1970, 3 (7 f.).

¹¹⁴ Tietje, in: Tietje/Nowrot (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, 1 (57); Meng, Extraterritoriale Jurisdiktion im öffentlichen Wirtschaftsrecht, 475, 513.

¹¹⁵ Tietje, in: Tietje/Nowrot (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, 1 (57).

¹¹⁶ Vgl. PCIJ, *The Case of the S.S. Lotus* (France v. Turkey) vom 7. September 1927, Permanent Court of International Justice Series A: Collection of Judgments (1923-1930), A10, para. 45; mit Beispielen: *Crochet/Hedge*, JIEL 23 (2020), 841 (852).

¹¹⁷ Siehe: „An interpreter is not free to adopt a reading that would result in reducing whole clauses or paragraphs of a treaty to redundancy or inutility“, siehe: WTO, United States — Standards for Reformulated and Conventional Gasoline, Report of the Appellate Body vom 29. April 1996, WT/DS2/AB/R, S. 23.

¹¹⁸ Vgl. WTO, United States — Countervailing Duty Measures on Certain Products from China, Report of the Appellate Body vom 18. Dezember 2014, WT/DS437/AB/R, para. 4.165.

Jurisdiktion der gewährenden Stelle gewähren.¹¹⁹ Demnach würden transnationale Subventionen unter Art. 2 ASCM fallen, wenn diese Exportsubventionen i.S.v. Art. 3.1 (a) ASCM darstellen.¹²⁰ Art. 2.3 ASCM soll allerdings augenscheinlich nur eine erleichterte Feststellung der Spezifität im Falle verbotener Subventionen ermöglichen, ohne dass die Subparagraphen (a) bis (c) geprüft werden müssen. Es erscheint etwas konstruiert, dass damit die Einschränkung auf die Jurisdiktion der gewährenden Stelle aus Art. 2.1 ASCM umgangen werden sollte. Dagegen spricht auch, dass weitere Textstellen im ASCM territoriale Einschränkungen enthalten. So regeln Art. 13 und 22 ASCM Konsultations- und Hinweispflichten in Bezug auf das Mitglied, dessen Produkte Gegenstand einer Anti-Subventionsuntersuchung i.S.v. Art. 11 ASCM sind. Aus Art. 11.2 (ii) und 11.8 ASCM folgt wiederum, dass es sich dabei um das Ursprungs- oder Exportland handelt. Nach Art. 18.1 (a) ASCM kann das exportierende Mitglied außerdem Abhilfe anbieten, indem es die Subventionierung beendet oder einschränkt. Aus diesen Textstellen folgt, dass das ASCM davon ausgeht, dass der subventionsgewährende Staat gleichzeitig der Exportstaat ist.¹²¹ Das erscheint auch logisch, denn im Falle transnationaler Subventionen ist der Exportstaat aller Voraussicht nach weder in der Lage, Informationen zu den drittstaatlichen Subventionen bereitzustellen, noch kann er diese im Sinne einer einvernehmlichen Lösung beenden oder einschränken.¹²² Dem subventionsgewährenden Staat würden wiederum keine prozessualen Rechte zustehen.¹²³ Art. 25.2 ASCM und Fn. 63 zu Annex IV ASCM bestätigen die Auslegung, dass das ASCM ein Szenario, in dem der exportierende und der subventionsgewährende Staat nicht identisch sind, nicht regelt.¹²⁴

Crochet/Hedge schließen allerdings aus den Einschränkungen in Part V ASCM¹²⁵ und Art. 2.3. ASCM, dass Maßnahmen gegen verbotene transnationale Subventionen ergriffen werden dürfen, sich diese Maßnahmen aber auf multilaterale Streitbeilegung im Sinne von Parts II und III beschränken.¹²⁶ Sie sehen darin die im ASCM angelegte Balance zwischen Beschränkung von Subventionen und Ausgleichsmaßnahmen.¹²⁷ Abgesehen von den oben aufgeführten Limitationen, die auch außerhalb von Part V ASCM für ein rein territoriales Grundverständnis des ASCM sprechen,¹²⁸ ist dem Argument nicht zu folgen. Statt einen Ausgleich zwischen der Beschränkung von transnationalen Subventionen und Ausgleichsmaßnahmen gegen diese zu schaffen, würde dieser Ansatz allein die Möglichkeit beschränken, Ausgleichsmaßnahmen zu ergreifen und somit das Gleichgewicht zugunsten der Gewährung transnationaler Subventionen kippen. Dieses Ergebnis ist in Hinblick auf den Vergleich mit inländischen Subventionen widersprüchlich und deshalb abzulehnen. Plau-

¹¹⁹ *Zhou/Crochet*, CIBEL Working Paper Series 6 (2024), 1 (15); *Crochet/Hedge*, JIEL 23 (2020), 841 (849 ff.) Gleiches gelte für die Subventionierung chinesischer Staatsunternehmen, die nach Art. 10 (2) Accession Protocol of the People's Republic of China (ACPC) als spezifisch i.S.v. Art. 2 ASCM gelten, wenn diese Unternehmen die überwiegenden Empfänger dieser Subventionen sind, siehe: *Zhou/Crochet*, CIBEL Working Paper Series 6 (2024), 1 (15).

¹²⁰ Eine verbotene Subvention i.S.v. Art. 3.1 (b) ASCM (Import Substitution Subsidy) erscheint angesichts einer finanziellen Zuwendung durch einen Drittstaat unrealistisch.

¹²¹ So auch: *Zhou/Crochet*, CIBEL Working Paper Series 6 (2024), 1 (15 f.); *Crochet/Hedge*, JIEL 23 (2020), 841 (854).

¹²² Vgl. *Crochet/Hedge*, JIEL 23 (2020), 841 (854 f.); *R. Ding/Xiang*, Journal of WTO and China, 12 (2022), 45 (57).

¹²³ *Crochet/Hedge*, JIEL 23 (2020), 841 (842); *Zhou/Crochet*, CIBEL Working Paper Series 6 (2024), 1 (15).

¹²⁴ *Zhou/Crochet*, CIBEL Working Paper Series 6 (2024), 1 (15 f.).

¹²⁵ Siehe Art. 11.2 (ii), 11.8, 13, 18.1 (a) und 22 ASCM.

¹²⁶ *Crochet/Hedge*, JIEL 23 (2020), 841 (854 f.).

¹²⁷ *Ibid.*, 858.

¹²⁸ Siehe Art. 25.2 und Fn. 63 zu Annex IV ASCM.

sibler erscheint es, dass das ASCM durch ein territoriales Grundverständnis geprägt ist und Situationen, in denen der Exportstaat nicht gleichzeitig der subventionsgewährende Staat ist, gar nicht regelt.¹²⁹

3. Sinn und Zweck

Da Art. 2 ASCM solche Subventionen ausschließen soll, die nicht-spezifisch verfügbar sind¹³⁰ und keine äußere Grenze darstellen soll, wird weiterhin vertreten, dass Spezifität gegeben sein soll, wenn die Voraussetzungen der Sub-Paragraphen (a) bis (c) vorliegen; unabhängig davon, ob die Subvention einen Vorteil „within the jurisdiction of the granting authority“ gewährt.¹³¹ Dieser Ansatz widerspricht allerdings dem Wortlaut, denn er lässt den Einschub „within the jurisdiction“ gegenstandslos werden und ist deshalb abzulehnen.

Tatsächlich spricht auch der Sinn und Zweck von Art. 2 ASCM, der sich auch aus der Normhistorie ergibt, dafür, dass Jurisdiktion territorial zu verstehen ist. In den Verhandlungen wurde sich dafür ausgesprochen klarzustellen, dass Spezifität nur innerhalb des Territoriums eines Mitglieds vorliegen kann.¹³² Deshalb lautete der Textentwurf an dieser Stelle ursprünglich „within the territory of the subsidizing country“.¹³³ Die Stelle wurde auf Initiative Kanadas nur zu ihrer heutigen Formulierung geändert, um zu verhindern, dass Subventionen auf Provinzebene, die grundsätzlich nicht-spezifisch gewährt werden, aufgrund ihrer Begrenzung auf eine Provinz in Hinblick auf das Gesamtterritorium eines Staates immer spezifisch wären.¹³⁴ Somit ist Jurisdiktion i.S.v. Art. 2 ASCM auch nach dem Sinn und Zweck als eine territoriale Einschränkung zu verstehen.

¹²⁹ Dafür spricht auch die historische Realität zur Zeit der Verhandlung. *Depayere*, der auf Seiten der Kommission das ASCM mitverhandelte hielt dazu in einem Interview fest: „Transnational Subsidies were not discussed. Because, had we raised it, somebody in the Group – all were experts – would have said: „Are you crazy? Who would want to subsidize a company in another country, which would then enjoy the beneficial effects of the subsidy, in particular on employment?“ The issue would not have been taken seriously.“, siehe: *Rubini*, Interview of Gerard Depayre, Geneva, September 29, 2022, Interviewer: Luca Rubini, Transkript erhältlich im Internet: <https://lucaslaws.com/wp-content/uploads/2024/05/gerard-transcript-final.pdf> (besucht am 27. August 2025)

¹³⁰ Vgl. WTO, *United States — Subsidies on Upland Cotton*, Report of the Panel vom 8. September 2004, WT/DS267/R, para. 7.1143; WTO, *United States — Measures Affecting Trade in Large Civil Aircraft — Second Complaint*, Report of the Panel vom 31. März 2011, WT/DS353/R, para. 7.1237.

¹³¹ *Zhou/Crochet*, CIBEL Working Paper Series 6 (2024), 1 (14 f.).

¹³² WTO, Negotiation Group on Subsidies and Countervailing Measures, Meeting vom 6. November 1990, MTN/GNG/NG10/24, para. 3, erhältlich im Internet: https://www.wto.org/gatt_docs/English/SULPDF/92120022.pdf (besucht am 27. August 2025).

¹³³ WTO, Trade Negotiation Committee, Draft Final Act Embodying the results of the Uruguay Round of Multilateral Trade Negotiations, MTN.TNC/W/FA, II.2, erhältlich im Internet: https://www.wto.org/gatt_docs/English/SULPDF/92130093.pdf (besucht am 27. August 2025).

¹³⁴ WTO, Trade Negotiation Committee, Thirty-Third Meeting vom 19. November 1993, MTN.TNC/37, para. 25, erhältlich im Internet: https://www.wto.org/gatt_docs/English/SULPDF/92140117.pdf (besucht am 27. August 2025); siehe auch WTO, *United States — Countervailing Duty Measures on Certain Products from China*, Report of the Appellate Body vom 18. Dezember 2014, WT/DS437/AB/R, para. 4.165.

4. Zwischenergebnis

Im Ergebnis stellt Jurisdiktion i.S.v. Art. 2 ASCM eine territoriale Einschränkung dar. Die finanzielle Zuwendung muss demnach innerhalb des Territoriums der subventionsgewährenden Stelle einen Vorteil gewähren, damit die Subvention spezifisch i.S.v. Art. 2 ASCM sein kann. Die Natur transnationaler Subventionen ist allerdings gerade, dass ein Unternehmen außerhalb des Territoriums des subventionsgewährenden Staates einen Vorteil gewährt bekommt. Demnach können transnationale Subventionen ersichtlich niemals spezifisch sein.

III. Zurechnungstheorie

Eine Möglichkeit, die eben dargestellten Limitationen im ASCM zu überwinden stellt die erstmals von der Kommission vertretene Zurechnungstheorie dar. Im Wesentlichen rechnet sie der Regierung eines Exportlandes Subventionen eines Drittstaats wie eigene Subventionen zu, wenn sie die drittstaatliche Subvention anerkennt und annimmt.¹³⁵ Vorteil dieser Theorie ist, dass die territoriale Begrenzung aus Art. 2 ASCM vollständig umgehen lässt, da die transnationale Subvention wie eine inländische Subvention des Exportlandes behandelt wird.¹³⁶

Ursprünglich leitete die Kommission die Theorie aus Art. 11 der International Law Commission Artikel über die Verantwortlichkeit der Staaten für völkerrechtswidrige Handlungen (ILC-Artikel)¹³⁷ ab, der als kodifiziertes Gewohnheitsrecht im Sinne von Art. 31 III c) VCLT bei der Auslegung der relevanten Vorschriften der BASR und des ASCM herangezogen wurde.¹³⁸

Der Rückgriff auf Art. 11 ILC-Artikel wurde in der Literatur einhellig stark kritisiert. Durch Art. 11 ILC-Artikel soll Staaten das Handeln nicht-staatlicher Akteure und nicht anderer Staaten zugerechnet werden.¹³⁹ Ausnahmen seien Fälle der Staatennachfolge, in denen das Handeln eines Staates *ex post* einem anderen Staats zugerechnet wird,¹⁴⁰ was im Falle einer kooperativen Zusammenarbeit wie im Rahmen transnationaler Subventionen nicht möglich ist.¹⁴¹ Die Zurechnung zwischen Staaten ist indes in Part IV ILC-Artikel geregelt und ermöglicht diese nur in wenigen Ausnahmefällen.¹⁴² Art. 11 ILC-Artikel muss diesen speziellen Regelungen weichen.¹⁴³ Davon abgesehen reichten die transnationalen

¹³⁵ Vgl.: Verordnung Nr. 2020/776, ABl. EU L 189 vom 12. Juni 2020, para. 699.; Verordnung Nr. 2020/870, ABl. EU L 201 vom 24. Juni 2020, para. 87.

¹³⁶ So auch: *Reinhold*, Journal of World Trade 2024 (December Issue), 1 (17).

¹³⁷ *International Law Commission*, Draft articles on Responsibility of States for Internationally Wrongful Acts, with commentaries; erhältlich im Internet: https://legal.un.org/ilc/texts/instruments/english/commentaries/9_6_2001.pdf (besucht am 27. August 2025).

¹³⁸ Verordnung Nr. 2020/776, ABl. EU L 189 vom 12. Juni 2020, para. 684 ff.; Verordnung Nr. 2020/870, ABl. EU L 201 vom 24. Juni 2020, para. 72ff.

¹³⁹ Z.B.: *Zhou/Crochet*, CIBEL Working Paper Series 6 (2024), 1 (8).

¹⁴⁰ IGH, *Case Concerning United States Diplomatic and Consular Staff in Tehran* (United States of America v. Iran), ICJ Reports 1980, 3; *Zhou/Crochet*, CIBEL Working Paper Series 6 (2024), 1 (9); *Amad*, AJIL 14 (2024), 72 (84 f.).

¹⁴¹ *Zhou/Crochet*, CIBEL Working Paper Series 6 (2024), 1 (4 f.).

¹⁴² Part IV: Responsibility of a State in Connection with the Act of Another State; z.B. Art. 17 ILC-Artikel: „A State which *directs and controls* another State in the commission of an internationally wrongful act by the latter is internationally *responsible* for that act [...]“

¹⁴³ *Zhou/Crochet*, CIBEL Working Paper Series 6 (2024), 1 (7)

Subventionen zugrundeliegenden Umstände nicht annähernd aus, um dem hohen Beweisstandard von „adoption and acknowledgement“ i.S.v. Art. 11 ILC-Artikel gerecht zu werden.¹⁴⁴ Art. 1.1 ASCM enthält weiterhin eigene Zurechnungsregeln als *lex specialis*, weshalb Art. 11 ILC-Artikel wegen Art. 55 ILC-Artikel nicht anwendbar ist.¹⁴⁵ Vermutlich auch aufgrund dieser umfassenden Kritik am Vorgehen der Kommission stellte das EuG in zwei Urteilen klar, dass es der Anwendung von Art. 11 ILC-Artikel nicht bedarf, da eine Auslegung der BASR im Licht des ASCM eine Zurechnung erlaube und somit zum gleichen Ergebnis komme.¹⁴⁶

Allerdings ist die Zurechnung von Subventionen unter Regierungen zweier Länder auch nicht mit dem ASCM vereinbar und somit unabhängig von der Anwendung von Art. 11 ILC-Artikel WTO-rechtswidrig. Art. 1.1 ASCM enthält eine abschließende Auflistung von Handlungen, die eine finanzielle Zuwendung darstellen.¹⁴⁷ Zurechnungsmöglichkeiten ergeben sich dem Wortlaut nach zwischen Regierungen und öffentlichen Stellen (Art. 1.1 (a) (1) ASCM) und Regierungen und privaten Akteuren (Art. 1.1 (a) (1) (iv) ASCM) innerhalb des Territoriums eines Staates. Eine Zurechnung zwischen zwei Regierungen unterschiedlicher Staaten würde voraussetzen, dass der Einschub „by a government“ bereits für sich genommen eine Zurechnungsmöglichkeit enthält.¹⁴⁸ Dies würde allerdings die kodifizierten Zurechnungsmöglichkeiten als *lex specialis* unterlaufen¹⁴⁹ und insbesondere den Einschub „i.e. where“ gegenstandslos werden lassen.¹⁵⁰ Im Ergebnis würde durch diese Auslegung die abschließende Auflistung aus Art. 1.1 ASCM aufgebrochen und um eine völlig neue Art der finanziellen Zuwendung ergänzt werden. Eine solche Ausweitung des vereinbarten Vertragstextes ist unzulässig,¹⁵¹ weshalb auch die Zurechnungstheorie keine Möglichkeit bietet, transnationale Subventionen unter das ASCM zu subsumieren.¹⁵²

¹⁴⁴ *Amad*, AJIL 14 (2024), 72 (85 f.)

¹⁴⁵ *Zhou/Crochet*, CIBEL Working Paper Series 6 (2024), 1 (9); *R. Ding/Xiang*, Journal of WTO and China, 12 (2022), 45 (61 f.).

¹⁴⁶ EuG, Urteil vom 1. März 2023, *Hengshi Egypt Fiberglass Fabrics and Jushi Egypt for Fiberglass Industry v Commission*, T-480/20, EU:T:2023:90, Rn. 103; EuG, Urteil vom 1. März 2023, *Jushi Egypt for Fiberglass Industry v Commission*, T-540/20, EU:T:2023:91; Rn. 70. Der Verweis auf Art. 11 ILC-Artikel findet sich in einer aktuellen Verordnung zur Einführung endgültiger Ausgleichszölle gegen transnationale Subventionen Chinas in Marokko entsprechend nicht mehr. Siehe: Verordnung Nr. 2025/500 vom 13. März 2025, erhältlich im Internet: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=CELEX:32025R0500> (besucht am 27. August 2025)

¹⁴⁷ *United States — Measures Affecting Trade in Large Civil Aircraft — Second Complaint*, Report of the Appellate Body vom 12. März 2012, WT/DS353/AB/R, para. 7.955; WTO, *European Union - Countervailing and Anti-Dumping Duties on Stainless Steel Cold-Rolled Flat Products from Indonesia*, Report of the Panel vom 2. Oktober 2025, WT/DS616/R, para. 7.102.

¹⁴⁸ *Zhou/Crochet*, CIBEL Working Paper Series 6 (2024), 1 (12 f.); So z.B. mit Bezug auf den unbestimmten Artikel „a“ statt „the“: WTO, *European Union - Countervailing and Anti-Dumping Duties on Stainless Steel Cold-Rolled Flat Products from Indonesia*, Third Party Submission of the United States of America, para. 13f, erhältlich im Internet: [https://ustr.gov/sites/default/files/enforcement/DS/DS616/US.3dPty.Exec.Summ.fin.\(21may24\).pdf](https://ustr.gov/sites/default/files/enforcement/DS/DS616/US.3dPty.Exec.Summ.fin.(21may24).pdf) (besucht am 27. August 2025).

¹⁴⁹ *Zhou/Crochet*, CIBEL Working Paper Series 6 (2024), 1 (9 f., 13 f.); *Evenett/Sud/Vermulst*, GTCJ 15 (2020), 413 (419).

¹⁵⁰ WTO, *European Union - Countervailing and Anti-Dumping Duties on Stainless Steel Cold-Rolled Flat Products from Indonesia*, Report of the Panel vom 2. Oktober 2025, WT/DS616/R, para. 7.95.

¹⁵¹ Siehe Art. 3.2 DSU „Recommendations and Rulings of the DSB cannot add to or diminish the rights and obligations provided in the covered agreements“, siehe auch Art. 19.2 DSU.

¹⁵² Dies entspricht der Auffassung des Panels in *EU-CVD/AD on SSCRFP (Indonesia)*, vgl. WTO, *European Union — Countervailing and Anti-Dumping Duties on Stainless Steel Cold-Rolled Flat Products from Indonesia*, Report of the Panel vom 2. Oktober 2025, WT/DS616/R, para. 7.102.

IV. Schlussfolgerung

Wie ausführlich dargestellt, fallen transnationale Subventionen zwar unter den Subventionsbegriff nach Art. 1.1 ASCM, können allerdings nie spezifisch i.S.v. Art. 2 ASCM sein. Somit sind keine Maßnahmen gegen sie vorgesehen.¹⁵³ Maßnahmen gegen Subventionen i.S.d. ASCM, die nicht vom ASCM vorgesehen sind, sind nach Art. 32.1 ASCM verboten. Daraus folgt einem Teil des Schrifttums nach eine dilemmatische Situation.¹⁵⁴ Es läge zwar eine Subvention i.S.d. ASCM vor, es wäre aber gleichzeitig verboten, gegen diese Subvention vorzugehen. Dieses angebliche Dilemma könne dann entweder durch Einschränkung der Sperrwirkung von Art. 32.1 ASCM¹⁵⁵ oder durch Annahme eines zwangsläufigen Bruchs von Art. 32.1 ASCM und der Möglichkeit der Rechtfertigung über Art. XX GATT¹⁵⁶ aufgelöst werden. Allerdings übersehen diese Darstellungen, dass die angebliche dilemmatische Situation schon gar nicht existiert. Für die Eröffnung des Anwendungsbereichs des ASCM muss nicht nur eine Subvention i.S.v. Art. 1.1 ASCM vorliegen, diese muss auch spezifisch i.S.v. Art. 2 ASCM sein.¹⁵⁷ Somit ergibt sich für die Eröffnung des Anwendungsbereichs des ASCM eine dreischrittige Prüfung aus einer finanziellen Zuwendung, einem Vorteil und der Spezifität.¹⁵⁸ Anders ausgedrückt ist der Anwendungsbereich des ASCM schon gar nicht eröffnet, wenn eine Subvention nicht spezifisch i.S.v. Art. 2 ASCM ist, egal ob sie unter den Subventionsbegriff aus Art. 1.1. ASCM fällt oder nicht. Die Frage der Auswirkung von Art. 32.1 ASCM in Hinblick auf transnationale Subventionen stellt sich also gar nicht. Die angesprochene angebliche Dilemma-Situation, die sich für nicht-spezifische Subventionen ergibt, ist indes in Wirklichkeit ein weiterer Beleg dafür, dass nur Subventionen in den Anwendungsbereich des ASCM fallen, die auch spezifisch i.S.v. Art. 2 ASCM sind.

Das ASCM ermöglicht demnach für transnationale Subventionen weder ein multilaterales Streitbeilegungsverfahren i.S.v. Part II und III ASCM noch die Erhebung unilateraler Ausgleichszölle i.S.v. Part V ASCM.

V. Handlungsalternativen im WTO-Recht

Ausgehend von der Analyse, dass das ASCM auf transnationale Subventionen nicht anwendbar ist, stellt sich die Frage, welche Folgen dies für die Rechtmäßigkeit von Maßnahmen gegen transnationale Subventionen hat und welche alternativen Handlungsoptionen sich im WTO-Recht ergeben.

Denkbar sind unilaterale Maßnahmen, die den Regelungen von Art. XX GATT genügen (1.), Non-Violation-Complaints gegen WTO-Mitglieder, die transnationale Subventi-

¹⁵³ Vgl. Art. 1.2 ASCM.

¹⁵⁴ Z.B.: Nagy, CEJCL 2021, 147 (157); Crochet/Gustafsson, World Trade Review 20 (2021), 343 (354); Schiering, Beiträge zum transnationalen Wirtschaftsrecht 183 (2022), 1 (31).

¹⁵⁵ Nagy, CEJCL 2021, 147 (157).

¹⁵⁶ Crochet/Gustafsson, World Trade Review 20 (2021), 343 (354); Schiering, Beiträge zum transnationalen Wirtschaftsrecht 183 (2022), 1 (31).

¹⁵⁷ „A subsidy is subject to the provisions of the *SCM Agreement* only if it is specific within the meaning of Article 2.“ Siehe: WTO, *United States — Tax Treatment for “Foreign Sales Corporations”* (Art. 21.5 DSU), Report of the Panel vom 20. August 2001, WT/DS108/RW, fn. 114;

¹⁵⁸ „[The scope of the ASCM], which incorporates the notions of “financial contribution”, “benefit”, and “specificity”, [...]“, WTO, *United States — Measures Treating Export Restraints as Subsidies*, Report of the Panel vom 29. Juni 2001, WT/DS194/R, para. 8.63; siehe auch: Jackson, *The World Trading System*, 294 ff.; Rubini, *The Definition of Subsidy and State Aid*, 110.

onen gewähren (2.) und multilaterale Verhandlungen zur Schärfung des Subventionsrechts (3.)

1. Unilaterale Ausgleichsmaßnahmen

Mangels Eröffnung des Anwendungsbereichs des ASCM können keine Ausgleichsmaßnahmen i.S.d. ASCM gegen transnationale Subventionen ergriffen werden. Die Erhebung von nicht durch das ASCM autorisierten Ausgleichszöllen stellt indes *prima facie* ein Verstoß gegen das Meistbegünstigungsprinzip aus Art. I:1 GATT dar, da *like-products* mit unterschiedlich hohen Zöllen belegt werden, je nachdem ob diese subventioniert sind oder nicht.¹⁵⁹ Je nach Höhe des Ausgleichszolls und der vereinbarten maximalen Zollhöhe kommt außerdem ein Verstoß gegen Art. II:1 (a) GATT in Betracht. Dieser Verstoß kann allerdings nach Art. XX GATT gerechtfertigt sein. In Betracht kommen sowohl Art. XX (a) GATT und Art. XX (d) GATT.

Den Mitgliedstaaten wird bei der Beurteilung, was in ihrem Staat eine „public moral“ darstellt ein großer Beurteilungsspielraum zugestanden.¹⁶⁰ Auch ökonomische Interessen wie die Vermeidung unfairen Wettbewerbs können unter Art. XX (a) GATT fallen.¹⁶¹ So könnte durchaus schlüssig argumentiert werden, dass die Fairness auf dem Binnenmarkt der EU bzw. auf dem amerikanischen Markt einen wesentlichen Wert der öffentlichen Sittlichkeit darstellt. Unter Art. XX (d) GATT könnte wiederum argumentiert werden, dass ein Vorgehen gegen transnationale Subventionen nötig ist, um bestimmten rechtlichen Grundlagen des nationalen Rechts zu genügen. Für die EU wäre das zum Beispiel die Funktionalität des Binnenmarkts gemäß Art. 26 AEUV.¹⁶² Die USA könnten wiederum mit der *Dormant Commerce Clause* argumentieren, die Diskriminierung im inneramerikanischen Handel verbietet.¹⁶³ Allgemein dürfte es gegenüber unilateralen Ausgleichsmaßnahmen keine weniger handelsrestriktiven, gleich effektiven Alternativen geben, da diese sonst nicht notwendig im Sinne der Subparagraphen (a) bzw. (d) sind.¹⁶⁴ Insbesondere ergäbe sich daraus für die Höhe möglicher Ausgleichszölle (in Analogie zu Art. VI:3 GATT), dass diese die Höhe der gewährten Subvention nicht überschreiten darf.

Außerdem gebietet der Chapeau von Art. XX GATT, dass Maßnahmen nicht zu willkürlichen und ungerechtfertigten Diskriminierungen oder zu verschleierte Beschränkungen des internationalen Handels führen. Der Chapeau von Art. XX GATT stellt historisch die größte Hürde für Staaten dar, um eine Maßnahme zu rechtfertigen.¹⁶⁵ Auch zur Rechtfertigung von Ausgleichsmaßnahmen gegen transnationale Subventionen sind die größten Probleme in der Argumentation des Chapeaus zu erwarten. Insbesondere der Rück-

¹⁵⁹ Die Subventionierung ändert nichts an der Gleichartigkeit der Produkte. Siehe allgemein zum Meistbegünstigungsprinzip und der Analyse von *like-products*: *Van den Bossche/Zdouc*, *The Law and Policy of the WTO*, 338 ff. *Tietje*, in: *Tietje/Nowrot* (Hrsg.), *Internationales Wirtschaftsrecht*, 164 (199 ff.).

¹⁶⁰ Z.B.: WTO, *European Communities — Measures Prohibiting the Importation and Marketing of Seal Products*, Report of the Panel vom 25. November 2013, WT/DS400/R, WT/DS401/R, para. 7.409 m.w.N., siehe zusammenfassend auch: *Van den Bossche/Zdouc*, *The Law and Policy of the WTO*, 629 ff.

¹⁶¹ WTO, *United States — Tariff Measures on Certain Goods from China*, Report of the Panel vom 15. September 2020, WT/DS543/R, para. 7.140.

¹⁶² *Crochet/Gustafsson*, *World Trade Review* 20 (2021), 343 (360).

¹⁶³ *Ibid.*

¹⁶⁴ WTO, *European Communities — Measures Prohibiting the Importation and Marketing of Seal Products*, Report of the Appellate Body vom 22. Mai 2014, WT/DS400/AB/R, WT/DS401/AB/R, para. 5.214 m.w.N.

¹⁶⁵ *Van den Bossche/Zdouc*, *The Law and Policy of the WTO*, 603.

griff auf unilaterale Maßnahmen, die ohne ernsthaften Versuch der multilateralen Lösungsfindung ergriffen worden sind,¹⁶⁶ wird eine Rechtfertigung der bereits ergriffenen Maßnahmen unter dem Chapeau von Art. XX GATT aller Voraussicht nach ausschließen.¹⁶⁷ Nichtsdestotrotz stellt Art. XX GATT einen möglichen Weg dar, zukünftig gegen transnationale Subventionen vorzugehen, wenn die entsprechenden Maßnahmen nicht-diskriminierend konstruiert sind und damit den Voraussetzungen von Art. XX GATT genügen.

2. *Non-Violation Complaints*

Ausgehend von der Analyse, dass das ASCM keine Ausgleichsmaßnahmen gegen transnationale Subventionen vorsieht, unilaterale Maßnahmen nur unter den strengen Voraussetzungen des Art. XX GATT möglich sind und multilaterale Streitbeilegung unter dem ASCM mangels Anwendbarkeit ebenfalls keine Option ist, stellen Non-Violation Complaints (NVCs) eine geeignete Alternative dar.¹⁶⁸ NVCs sind in Art. XXIII:1 (b) GATT und Art. 26.1 DSU geregelt und ermöglichen die Überprüfung von Maßnahmen, die WTO-Recht nicht brechen, aber Vorteile aus den Abkommen zunichtemachen oder beeinträchtigen oder die Erreichung der Ziele der Abkommen behindern.¹⁶⁹ Sie sind insbesondere aus der Sorge der Mitglieder vor lückenhaften Regelungen in Anbetracht unvorhergesehener Maßnahmen entstanden.¹⁷⁰ Die EU bzw. die USA, könnten argumentieren, dass sie die WTO-Abkommen in der Erwartung geschlossen haben, gegen unfair subventionierte Importe vorgehen zu können, um heimische Hersteller zu schützen. Der weit auszulegende Vorteil,¹⁷¹ der durch transnationale Subventionen zunichtegemacht bzw. beeinträchtigt wird, läge demnach in der Möglichkeit, WTO-rechtskonforme Ausgleichsmaßnahmen in Einklang mit Art. VI GATT bzw. dem ASCM zu verhängen.¹⁷² Die allgemeine Subventionspraxis zur Zeit der Aushandlung der Abkommen, aber auch die Beitrittsverhandlungen Chinas zur WTO lassen außerdem den Schluss zu, dass transnationale Subventionen nicht vorhergesehen wurden.¹⁷³ Tatsächlich lief die BRI erst 2013 und demnach zwölf Jahre nach

¹⁶⁶ Transnationale Subventionen wurden bisher unilateral in der EU und in den USA mit Ausgleichsmaßnahmen begegnet (siehe Abschnitt C.), multilaterale Verhandlungen auf WTO-Level bzw. mit China sind nicht bekannt, vgl. *Evenett/Fritz*, Subsidies and Market Access, 5.

¹⁶⁷ Zur Verpflichtung, vor der Ergreifung unilateraler Maßnahmen multilaterale Lösungen zu suchen: WTO, *United States — Import Prohibition of Certain Shrimp and Shrimp Products*, Report of the Appellate Body vom 12. Oktober 1998, WT/DS58/AB/R, para. 166 ff.; WTO, *European Communities — Measures Prohibiting the Importation and Marketing of Seal Products*, Report of the Appellate Body vom 22. Mai 2014, WT/DS400/AB/R, WT/DS401/AB/R, para. 5.305.

¹⁶⁸ So z.B.: *Zhou/Crochet*, CIBEL Working Paper Series 6 (2024), 1 (16 ff.); *Amad*, AJIL 14 (2024), 72 (90).

¹⁶⁹ Vgl. WTO, *Japan — Measures Affecting Consumer Photographic Film and Paper*, Report of the Panel vom 31. März 1998, WT/DS44/R, para. 10.41 ff.

¹⁷⁰ *Zhou/Crochet*, CIBEL Working Paper Series 6 (2024), 1 (16).

¹⁷¹ WTO, *United States — Certain Country of Origin Labelling (COOL) Requirements (Art. 21.5 DSU)*, Report of the Panel vom 20. Oktober 2014, WT/DS384/RW, WT/DS486/RW, para. 7.682, 7690.

¹⁷² Art. 30 ASCM verweist auf Art. XXIII GATT und ermöglicht somit eine Berücksichtigung von Vorteilen aus dem ASCM, siehe: *Amad*, AJIL 14 (2024), 72 (90); allgemein zum Vorteil: *Zhou/Crochet*, CIBEL Working Paper Series 6 (2024), 1 (18).

¹⁷³ *Zhou/Crochet*, CIBEL Working Paper Series 6 (2024), 1 (18) m.w.N.

Chinas WTO-Beitritt im Jahr 2001 an. NVCs gegen transnationale Subventionen könnten demnach Erfolg haben.¹⁷⁴

Vor dem Hintergrund, dass sowohl die EU als auch die USA mittlerweile unilaterale Ausgleichszölle gegen transnationale Subventionen erheben, erscheint die Anwendung von NVCs allerdings nicht als realistische Option. Ausgangspunkt der Argumentation der EU und der USA ist schließlich gerade, dass die chinesischen transnationalen Subventionen gegen Art. 5 ASCM verstoßen und deswegen gegen sie Ausgleichsmaßnahmen verhängt werden dürfen. NVCs vorzubringen, deren Prämisse ist, dass eine Maßnahme *nicht* gegen WTO-Recht verstößt, ist insofern aus europäischer und amerikanischer Perspektive nicht glaubhaft und gleich effektiv. Die in der Literatur vorgebrachten Vorteile von NVCs (wie die Möglichkeit direkt gegen den subventionierenden Staat vorgehen zu können und möglicherweise effektiver zu einer Lösung zu kommen)¹⁷⁵ können an dieser Realität wohl nichts ändern. Interessant könnten NVCs allerdings werden, falls zukünftig die Rechtswidrigkeit von unilateralen Ausgleichsmaßnahmen gegen transnationale Subventionen unter WTO-Recht festgestellt und nach rechtskonformen Alternativen gesucht wird.

3. Multilaterale Verhandlungen

Langfristig ist zu hoffen, dass sich die WTO-Mitglieder auf eine Verhandlungslösung einigen können, die nicht nur den Partikularinteressen einiger einzelner Mitglieder entspricht. Dabei sollten insbesondere die legitimen Interessen von Entwicklungsstaaten berücksichtigt werden.¹⁷⁶ Verhandlungen würden auch die Möglichkeit bieten, die Lücke der Dienstleistungssubventionen zu schließen und allgemeiner über notwendige Reformen des Subventionsrechts, z.B. hinsichtlich der Wiedereinführung der Kategorie nicht-angreifbarer Subventionen zu verhandeln.¹⁷⁷

Im Lichte der geopolitischen Spannungen ist eine solche Lösung realistischerweise allerdings nicht zu erwarten. Insbesondere ist es schwer vorzustellen, wie chinesische Interessen, für die transnationale Subventionen ein wesentliches Vehikel darstellen, mit europäischen und amerikanischen Zielen zur Sicherung heimischer Arbeitsplätze und der Ablehnung zu viel chinesischen Einflusses vereinbart werden sollen.

VI. Ergebnis

Im Ergebnis fallen transnationale Subventionen nicht in den Anwendungsbereich des ASCM, weshalb gegen sie keine Maßnahmen i.S.d. ASCM ergriffen werden können. Unilaterale Ausgleichsmaßnahmen gegen transnationale Subventionen verstoßen somit gegen das GATT, können aber ausnahmsweise nach Art. XX GATT gerechtfertigt sein, wenn sie entsprechend nichtdiskriminierend ausgestaltet sind. Theoretisch können auch NVCs

¹⁷⁴ Auch besteht zumindest aus europäischer Perspektive der Vorteil, dass China Teil des *Multi Party Interim Appeal Arbitration Arrangements* ist. Ein „appeal into the void“ könnte somit vermieden werden. Siehe: WTO, Multi Party Interim Appeal Arbitration Arrangement pursuant to Article 25 of the DSU, erhältlich im Internet: <https://www.worldtradelaw.net/document.php?id=misc/MPIA.pdf> (besucht am 27. August 2025).

¹⁷⁵ Zhou/Crochet, CIBEL Working Paper Series 6 (2024), 1 (18 f.).

¹⁷⁶ Dies entspräche auch der Forderung aus Art. 27 ASCM.

¹⁷⁷ Zur Reformbedarf insgesamt: IMF, OECD, World Bank and WTO, Subsidies, Trade and International Cooperation vom 22. April 2024; Horlick/Clarke, JIEL 20 (2017), 673; Anyi/Delei, Journal of WTO and China 13 (2023), 23.

direkt gegen den subventionsgewährenden Staat vor ein WTO-Panel gebracht werden. Langfristig ist auf eine Verhandlungslösung zu hoffen, auch wenn diese realistisch betrachtet als sehr unwahrscheinlich gelten muss.

E. Fazit und Ausblick

Das Phänomen der transnationalen Subventionen ist eng mit Chinas BRI verbunden und hat in der EU sowie in den USA zu Reaktionen auf diese mit Ausgleichszöllen geführt, die sich aller Voraussicht nach zukünftig fortsetzen werden. Unter diesem Vorgehen werden insbesondere Entwicklungsstaaten leiden, die mithilfe der BRI ihre eigene Wirtschaft stärken wollen. Wie ausführlich analysiert, ist der Anwendungsbereich des ASCM für transnationale Subventionen nicht eröffnet und unilaterale Maßnahmen verstoßen *prima facie* gegen WTO-Recht. Zwar existieren einige WTO-rechtskonforme Handlungsoptionen, das unilaterale Vorgehen der EU und der USA lassen diese allerdings weitestgehend bedeutungslos erscheinen.

Transnationale Subventionen legen damit auch in brutaler Klarheit offen, woran das WTO-System krankt: Das mittlerweile über 30 Jahre alte Verhandlungsergebnis kann aktuellen Entwicklungen in einer Welt globaler Lieferketten und neuer wirtschaftspolitischer Phänomene nicht schritthalten und anstatt zur Liberalisierung des Handels beizutragen, führt die Unsicherheit über die Auslegung des WTO-Rechts verstärkt zur Ergreifung unilateraler Maßnahmen. Verhandlungsergebnisse sind in diesem Klima der Unsicherheit nicht zu erwarten und so scheint sich die Abkehr von der „rule-based“ Weltwirtschaftsordnung hin zum Recht des Stärkeren weiter zu vollziehen. Das Urteil des EuGH zu transnationalen Subventionen kann vor diesem Hintergrund auch als Zeichen gedeutet werden, dass sich die EU bewusst vom WTO-Recht zu entfernen gedenkt. Spannend wird in diesem Kontext sein, wie man auf den Panel Report in *EU-CVD/AD on SSCRFP (Indonesia)* reagieren wird, der trotz des Versuchs des Panels, verallgemeinerbare Aussagen zu vermeiden, doch als klare Absage an das derzeitige Vorgehen gegen transnationale Subventionen gesehen werden kann. Der Entfaltung einer direkten Wirkung des WTO-Rechts im EU-Antisubventionsrecht hat der EuGH schon einmal den Riegel vorgeschoben. Der bewusst gesuchte Konflikt mit dem WTO-Recht erscheint demnach zumindest möglich.

Literaturverzeichnis

- Amad, Zaker*, The European Commission's Glass Fibre Fabrics Investigation and the Boundaries Between Investment and Trade, *Asian Journal of International Law* 14 (2024), 72-93.
- Anyi, Sun/Delei, Peng*, Revisiting WTO Subsidy Rules in a Changing Global Landscape: Problems and Prospects, *Journal of WTO and China* Volume 3 (2023), 23-46.
- Arnold, Rainer/Klamert, Marcus* in Dausen, Manfred/ Ludwigs, Markus (Hrsg.) *Handbuch des EU-Wirtschaftsrechts*, Band 1, 61. Ergänzungslieferung, München 2024.
- Bartels, Lorand*, Does WTO law really not regulate 'foreign subsidies?', *Trade Links* vom 22. Juni 2020, erhältlich im Internet: <https://www.linklaters.com/de-de/insights/blogs/tradelinks/2020/june/does-wto-law-really-not-regulate-foreign-subsidies> (besucht am 27. August 2025).
- Beline, Thomas/Bhatti, Roop/Zielinski, Jonathan/Conte, Andrea* Rivera, Leveling the Playing Field 2.0 Reintroduced, Cassidy Levy Kent Latest vom 6. März 2025, erhältlich im Internet: <https://www.cassidylevy.com/news/leveling-the-playing-field-2-0-act-reintroduced/> (besucht am 27. August 2025).
- Crochet, Victor/Hedge, Vineet*, China's Going Global Policy: Transnational Production Subsidies Under the WTO ASCM Agreement, *Journal of International Economic Law* 23 (2020), 841-863.
- */Hedge, Vineet*, Guest Post: The Imitation Game: Recent Developments on Transnational Subsidies and Anticircumvention in Europe and the United States, *International Economic Law and Policy Blog* vom 16. März 2022, erhältlich im Internet: <https://ielp.worldtradelaw.net/2022/03/guest-post-the-imitation-game-recent-developments-on-transnational-subsidies-and-anticircumvention-i.html> (besucht am 27. August).
- */Gustafsson, Marcus*, Lawful Remedy or Illegal Response? Resolving the Issue of Foreign Subsidization under WTO Law, *World Trade Review* 20 (2021), 343-366.
- Ding, Beichen*, Transnational Granting of Financial Contribution under the Belt and Road Initiative: An Unlawful Subsidy or Global Public Goods?, *International Trade and Business Law Review* Volume XXIV (2024), 57-78.
- Ding, Ru/Xiang, Yiqian*, Emerging Rules on Cross-border Subsidies: A Typological Analysis and Proposals for China's Approach, *Journal of WTO and China* Volume 12 (2022), 45-79.
- Evenett, Simon J./Fritz, Johannes* Subsidies and Market Access – Towards an Inventory of Corporate Subsidies by China, the European Union and the United States – The 28th Global Trade Alert Report, London 2021.
- */Sud, Juhi Dion/Vermulst, Edwin*, The European Union's New Move Against China: Countervailing Chinese Outward Foreign Direct Investment, *Global Trade and Customs Journal* Volume 15 (2020), 413-422.
- Horlick, Gary/Clarke, Peggy*, Rethinking Subsidy Disciplines for the Future: Policy Options for Reform, *Journal of International Economic Law*, Volume 20 (2017), 673-703.
- An Annotated Explanation of Articles 1 and 2 of the WTO Agreement on Subsidies and Countervailing Measures, *Global Trade and Customs Journal* Volume 8 (2013), 297-299.
- IMF, OECD, World Bank and WTO*, Subsidies, Trade and International Cooperation, erhältlich im Internet: https://www.wto.org/english/news_e/news22_e/igo_22apr22_e.pdf (besucht am 27. August 2025).
- Jackson, John H.*, *The World Trading System – Law and Policy of International Economic Relations*, 2. Edition, London 1997.
- Juliansyah, Andhika*, Ones to Watch: Hidden Arsenal Under Trump's Trade Policy, erhältlich im Internet: <https://www.linkedin.com/pulse/ones-watch-hidden-arsenal-under-trumps-trade-policy-juliansyah-af5xc/> (besucht am 27. August 2025).
- Meng, Werner*, *Extraterritoriale Jurisdiktion im Öffentlichen Wirtschaftsrecht*, Berlin/Heidelberg/New York 1994.

- Nagy, Csongor István*, Foreign Subsidies, Distortions and Acquisitions: Can the Playing Field Be Levelled?, *Central European Journal of Comparative Law*, Volume 2 (2021), 147-162.
- Nedophil, Christoph*, China Belt and Road Initiative (BRI) Investment Report 2024, erhältlich im Internet: https://greenfdc.org/wp-content/uploads/2025/02/Nedopil-2025_China-Belt-and-Road-Initiative-BRI-Investment-Report-2024-1.pdf (besucht am 27. August 2025).
- Pop, Georgiana/Amador, Ana*, Transnational Subsidies: Achilles' Heel for Foreign Investment, Trade, and Competition, *Competition Policy International Antitrust Chronicle* May 2023 vom 22. Mai 2023, erhältlich im Internet: <https://www.pymnts.com/cpi-posts/transnational-subsidies-achilles-heel-for-foreign-investment-trade-and-competition/> (besucht am 27. August 2025).
- Rotunno, Lorenzo/Ruta, Michele*, Trade Spillovers of Domestic Subsidies, *International Monetary Fund Working Papers* 41 (2024), erhältlich im Internet: <https://www.imf.org/-/media/Files/Publications/WP/2024/English/wpia2024041-print-pdf.ashx> (besucht am 27. August 2025).
- Reinhold, Philipp*, Strategic Autonomy and Trade Defence – The Case of Cross-Country Subsidies, *Journal of World Trade* 2024 (December Issue), 1-19.
- Rubini, Luca*, Transnational subsidies. How far can you go? And where will it take you to? The ECJ has spoken (Part 2), *lucaslaws* vom 28. November 2024, erhältlich im Internet: <https://lucaslaws.com/transnational-subsidies-how-far-can-you-go-and-where-will-it-take-you-to-the-ecj-has-spoken/> (besucht am 27. August 2025).
- Guest Post: Time to regulate cross-border subsidies? Who decides?, *International Law and Policy Blog* vom 17. Mai 2024, erhältlich im Internet: <https://ielp.worldtradelaw.net/2024/05/guest-post-time-to-regulate-cross-border-subsidies-who-decides.html> (besucht am 27. August 2025).
 - Are Transnational Subsidies Regulated by EU and WTO Law? The General Court has spoken (Case T-480/20 and Case T-540/20), *Robert Schuman Centre for Advanced Studies Global Governance Programme Policy Paper* 2023/09, 1-10, erhältlich im Internet: https://cadmus.eui.eu/bitstream/handle/1814/75894/RSC_PP_2023_09.pdf?sequence=1&isAllowed=y (besucht am 27. August 2025).
 - Rules on Subsidies, in: *Cottier, Thomas/ Nadakavukaren Schefer, Krista* (Hrsg.), *Elgar Encyclopedia of International Economic Law*, Cheltenham, Northampton 2017, 389-393.
 - *The Definition of Subsidy and State Aid – WTO and EC Law in Comparative Perspective*, New York 2009.
- Schiering, Paul*, Drittstaatliche Subventionen auf dem Binnenmarkt der Europäischen Union – Gegenmaßnahmen zwischen fairem Wettbewerb und europäischer Abschirmung, *Heft* 183 (2022), 5-49.
- Stegink, Rens G. J.*, Comparing Complements: The Concept of Foreign Subsidy under the EU Foreign Subsidy Regulation in light of EU State Aid Law and WTO Subsidy Law, *Common Market Law Review* 2025/ Volume 62, Issue 4, 1-32.
- Sykes, Alan*, The Limited Economic Case for Subsidies Regulation, *Stanford Law and Economics Olin Working Paper* No. 472 (2015), 1-17.
- Tietje, Christian*, Handelspolitik: Antisubventionsmaßnahmen im Fall transnationaler Subventionen, *Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht*, 6 (2025), 275-285.
- */Nowrot, Karsten* (Hrsg.), *Internationales Wirtschaftsrecht*, 3. Auflage, Berlin/Boston 2022.
- Van den Bossche, Peter/Zdouc, Werner*, *The Law and Policy of the World Trade Organization – Text, Cases and Materials*, 5. Edition, Cambridge 2022.
- World Bank*, Belt and Road Economics — Opportunities and Risks of Transport Corridors, erhältlich im Internet: <https://openknowledge.worldbank.org/bitstream/handle/10986/31878/9781464813924.pdf> (besucht am 27. August 2025).
- Zhou, Weihuan/Crochet, Victor*, Attribution to the State: A Critique of Cross-Border Subsidies, *China International Business & Economic Law Centre Working Paper Series* 6 (2024), 1-20.
- Zmazhenko, Oleksandra*, Current Problems of Regulation of Cross-Border Subsidies under the Laws of the World Trade Organization in the Context of the Challenges Posed by Chinese State Initiatives, *Kiew* 2023.

Beiträge zum Transnationalen Wirtschaftsrecht
(bis Heft 13 erschienen unter dem Titel: Arbeitspapiere aus dem
Institut für Wirtschaftsrecht – ISSN 1619-5388)

ISSN 1612-1368 (print)
ISSN 1868-1778 (elektr.)

Bislang erschienene Hefte

- 100 Ernst-Joachim Mestmäcker, Die Wirtschaftsverfassung der EU im globalen Systemwettbewerb, März 2011, ISBN 978-3-86829-346-3
- 101 Daniel Scharf, Das Komitologieverfahren nach dem Vertrag von Lissabon – Neuerungen und Auswirkungen auf die Gemeinsame Handelspolitik, Dezember 2010, ISBN 978-3-86829-308-1
- 102 Matthias Böttcher, "Clearstream" – Die Fortschreibung der Essential Facilities-Doktrin im Europäischen Wettbewerbsrecht, Januar 2011, ISBN 978-3-86829-318-0
- 103 Dana Ruddigkeit, Die kartellrechtliche Beurteilung der Kopplungsgeschäfte von *eBay* und *PayPal*, Januar 2011, ISBN 978-3-86829-316-6
- 104 Christian Tietje, Bilaterale Investitionsschutzverträge zwischen EU-Mitgliedstaaten (Intra-EU-BITs) als Herausforderung im Mehrebenensystem des Rechts, Januar 2011, ISBN 978-3-86829-320-3
- 105 Jürgen Bering/Tillmann Rudolf Braun/Ralph Alexander Lorz/Stephan W. Schill/Christian J. Tams/Christian Tietje, General Public International Law and International Investment Law – A Research Sketch on Selected Issues –, März 2011, ISBN 978-3-86829-324-1
- 106 Christoph Benedict/Patrick Fiedler/Richard Happ/Stephan Hobe/Robert Hunter/Lutz Kniprath/Ulrich Klemm/Sabine Konrad/Patricia Nacimiento/Hartmut Paulsen/ Markus Perkams/Marie Louise Seelig/Anke Sessler, The Determination of the Nationality of Investors under Investment Protection Treaties, März 2011, ISBN 978-3-86829-341-8
- 107 Christian Tietje, Global Information Law – Some Systemic Thoughts, April 2011, ISBN 978-3-86829-354-8
- 108 Claudia Koch, Incentives to Innovate in the Conflicting Area between EU Competition Law and Intellectual Property Protection – Investigation on the Microsoft Case, April 2011, ISBN 978-3-86829-356-2
- 109 Christian Tietje, Architektur der Weltfinanzordnung, Mai 2011, ISBN 978-3-86829-358-6
- 110 Kai Hennig, Der Schutz geistiger Eigentumsrechte durch internationales Investitionsschutzrecht, Mai 2011, ISBN 978-3-86829-362-3
- 111 Dana Ruddigkeit, Das Financial Stability Board in der internationalen Finanzarchitektur, Juni 2011, ISBN 978-3-86829-369-2
- 112 Beatriz Huarte Melgar/Karsten Nowrot/Wang Yuan, The 2011 Update of the OECD Guidelines for Multinational Enterprises: Balanced Outcome or an Opportunity Missed?, Juni 2011, ISBN 978-3-86829-380-7
- 113 Matthias Müller, Die Besteuerung von Stiftungen im nationalen und grenzüberschreitenden Sachverhalt, Juli 2011, ISBN 978-3-86829-385-2
- 114 Martina Franke, WTO, China – Raw Materials: Ein Beitrag zu fairem Rohstoffhandel?, November 2011, ISBN 978-3-86829-419-4
- 115 Tilman Michael Dralle, Der Fair and Equitable Treatment-Standard im Investitionsschutzrecht am Beispiel des Schiedsspruchs *Glamis Gold v. United States*, Dezember 2011, ISBN 978-3-86829-433-0
- 116 Steffen Herz, Emissionshandel im Luftverkehr: Zwischen EuGH-Entscheidung und völkerrechtlichen Gegenmaßnahmen?, Januar 2012, ISBN 978-3-86829-447-7
- 117 Maria Joswig, Die Geschichte der Kapitalverkehrskontrollen im IWF-Übereinkommen, Februar 2012, ISBN 978-3-86829-451-4
- 118 Christian Pitschas/Hannes Schloemann, WTO Compatibility of the EU Seal Regime: Why Public Morality is Enough (but May not Be Necessary) – The WTO Dispute Settlement Case "European Communities – Measures Prohibiting the Importation and Marketing of Seal Products", Mai 2012, ISBN 978-3-86829-484-2
- 119 Karl M. Meessen, Auf der Suche nach einem der Wirtschaft gemäßen Wirtschaftsrecht, Mai 2012, ISBN 978-3-86829-488-0
- 120 Christian Tietje, Individualrechte im Menschenrechts- und Investitionsschutzbereich – Kohärenz von Staaten- und Unternehmensverantwortung?, Juni 2012, ISBN 978-3-86829-495-8
- 121 Susen Bielesch, Problemschwerpunkte des Internationalen Insolvenzrechts unter besonderer Berücksichtigung der Durchsetzung eines transnationalen Eigentumsvorbehalts in der Insolvenz des Käufers, Juli 2012, ISBN 978-3-86829-500-9
- 122 Karsten Nowrot, Ein notwendiger "Blick über den Tellerrand": Zur Ausstrahlungswirkung der Menschenrechte im internationalen Investitionsrecht, August 2012, ISBN 978-3-86829-520-7

- 123 Henrike Landgraf, Das neue Komitologieverfahren der EU: Auswirkungen im EU-Antidumpingrecht, September 2012, ISBN 978-3-86829-518-4
- 124 Constantin Fabricius, Der Technische Regulierungsstandard für Finanzdienstleistungen – Eine kritische Würdigung unter besonderer Berücksichtigung des Art. 290 AEUV, Februar 2013, ISBN 978-3-86829-576-4
- 125 Johannes Rehahn, Regulierung von „Schattenbanken“: Notwendigkeit und Inhalt, April 2013, ISBN 978-3-86829-587-0
- 126 Yuan Wang, Introduction and Comparison of Chinese Arbitration Institutions, Mai 2013, ISBN 978-3-86829-589-4
- 127 Eva Seydewitz, Die Betriebsaufspaltung im nationalen und internationalen Kontext – kritische Würdigung und Gestaltungsüberlegungen, August 2013, ISBN 978-3-86829-616-7
- 128 Karsten Nowrot, Bilaterale Rohstoffpartnerschaften: Betrachtungen zu einem neuen Steuerungsinstrument aus der Perspektive des Europa- und Völkerrechts, September 2013, ISBN 978-3-86829-626-6
- 129 Christian Tietje/Jürgen Bering/Tobias Zuber, Völker- und europarechtliche Zulässigkeit extraterritorialer Anknüpfung einer Finanztransaktionssteuer, März 2014, ISBN 978-3-86829-671-6
- 130 Stephan Madaus, Help for Europe's Zombie Banks? – Open Questions Regarding the Designated Use of the European Bank Resolution Regime, Juli 2014, ISBN 978-3-86829-700-3
- 131 Frank Zeugner, Das WTO Trade Facilitation-Übereinkommen vom 7. Dezember 2013: Hintergrund, Analyse und Einordnung in den Gesamtkontext der Trade Facilitation im internationalen Wirtschaftsrecht, Oktober 2014, ISBN 978-3-86829-735-5
- 132 Joachim Renzikowski, Strafvorschriften gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution de lege lata und de lege ferenda, November 2014, ISBN 978-3-86829-739-3
- 133 Konrad Richter, Die Novellierung des InvStG unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses zum Außerteuerengesetz, März 2015, ISBN 978-3-86829-744-7
- 134 Simon René Barth, Regulierung des Derivatehandels nach MiFID II und MiFIR, April 2015, ISBN 978-3-86829-752-2
- 135 Johannes Ungerer, Das europäische IPR auf dem Weg zum Einheitsrecht Ausgewählte Fragen und Probleme, Mai 2015, ISBN 978-3-86829-754-6
- 136 Lina Lorenzoni Escobar, Sustainable Development and International Investment: A legal analysis of the EU's policy from FTAs to CETA, Juni 2015, ISBN 978-3-86829-762-1
- 137 Jona-Marie Winkler, Denial of Justice im internationalen Investitionsschutzrecht: Grundlagen und aktuelle Entwicklungen, September 2015, ISBN 978-3-86829-778-2
- 138 Andrej Lang, Der Europäische Gerichtshof und die Investor-Staat-Streitbeilegung in TTIP und CETA: Zwischen Konfrontation, Konstitutionalisierung und Zurückhaltung, Oktober 2015, ISBN 978-3-86829-790-4
- 139 Vinzenz Sacher, Freihandelsabkommen und WTO-Recht Der Peru-Agricultural Products Fall, Dezember 2015, ISBN 978-3-86829-814-7
- 140 Clemens Wackernagel, The Twilight of the BITS? EU Judicial Proceedings, the Consensual Termination of Intra-EU BITS and Why that Matters for International Law, Januar 2016, ISBN 978-3-86829-820-8
- 141 Christian Tietje/Andrej Lang, Community Interests in World Trade Law, Dezember 2016, ISBN 978-3-86829-874-1
- 142 Michelle Poller, Neuer Sanktionsrahmen bei Kapitalmarktdelikten nach dem aktuellen europäischen Marktmissbrauchsrecht - Europarechtskonformität des 1. FimanoG?, Januar 2017, ISBN 978-3-86829-876-5
- 143 Katja Gehne/Romulo Brillo, Stabilization Clauses in International Investment Law: Beyond Balancing and Fair and Equitable Treatment, März 2017, ISBN 978-3-86829-885-7
- 144 Kevin Crow/Lina Lorenzoni Escobar, International Corporate Obligations, Human Rights, and the Urbaser Standard: Breaking New Ground?, ISBN 978-3-86829-899-4
- 145 Philipp Stegmann, The Application of the Financial Responsibility Regulation in the Context of the Energy Charter Treaty – Case for Convergence or “Square Peg, Round Hole”?, September 2017, ISBN 978-3-86829-913-7
- 146 Vinzenz Sacher, Neuer Kurs im Umgang mit China? Die Reformvorschläge zum EU-Antidumpingrecht und ihre Vereinbarkeit mit WTO-Recht, Oktober 2017, ISBN 978-3-86829-918-2
- 147 Maike Schäfer, Die Rechtsstellung des Vereinigten Königreiches nach dem Brexit in der WTO: Verfahren, Rechtslage, Herausforderungen, November 2017, ISBN 978-3-86829-924-3
- 148 Miriam Elsholz, Die EU-Verordnung zu Konfliktmineralien Hat die EU die richtigen Schlüsse aus bestehenden Regulierungsansätzen gezogen?, Dezember 2017, ISBN 978-3-86829-926-7
- 149 Andreas Kastl, Brexit – Auswirkungen auf den Europäischen Pass für Banken, April 2018, ISBN 978-3-86829-936-6
- 150 Jona Marie Winkler, Das Verhältnis zwischen Investitionsschiedsgerichten und nationalen Gerichten: Vorläufiger Rechtsschutz und Emergency Arbitrator, April 2018, ISBN 978-3-86829-946-5
- 151 Hrabrin Bachev/Yixian Chen/Jasmin Hansohm/Farhat Jahan/Lina Lorenzoni Escobar/Andrii Mykhailov/Olga Yekimovskaya, Legal and Economic Challenges for Sustainable Food Security in the 21st Century, DAAD and IAMO Summer School, April 2018, ISBN (elektr.) 978-3-86829-948-9
- 152 Robin Misterek, Insiderrechtliche Fragen bei Unternehmensübernahmen Transaktionsbezogene Nutzung und Offenlegung von Insiderinformationen unter der Marktmissbrauchsverordnung, April 2018, ISBN 978-3-86829-949-6

- 153 Christian Tietje/Vinzenz Sacher, The New Anti-Dumping Methodology of the European Union – A Breach of WTO-Law?. Mai 2018, ISBN 978-3-86829-954-0
- 154 Aline Schäfer, Der Report of the Human Rights Council Advisory Committee on the activities of vulture funds and the impact on human rights (A/HRC/33/54): Hintergrund, Entwicklung, Rechtsrahmen sowie kritische völkerrechtliche Analyse, Juni 2018, ISBN 978-3-86829-957-1
- 155 Sabrina Birkner, Der Einwirkungserfolg bei der Marktmanipulation im Kontext nationalen und europäischen Rechts, Juli 2018, ISBN 978-3-86829-960-1
- 156 Andrej Lang, Die Autonomie des Unionsrechts und die Zukunft der Investor-Staat-Streitbeilegung in Europa nach Achmea, Zugleich ein Beitrag zur Dogmatik des Art. 351 AEUV, Juli 2018, ISBN 978-3-86829-962-5
- 157 Valentin Günther, Der Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Verordnung zur Schaffung eines Rahmens für die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen in der Europäischen Union – Investitionskontrolle in der Union vor dem Hintergrund kompetenzrechtlicher Fragen, August 2018, ISBN 978-3-86829-965-6
- 158 Philipp Tamblé, Les dispositions sur le droit de la concurrence dans les accords d'intégration régionale, August 2018, ISBN 978-3-86829-967-0
- 159 Georgios Psaroudakis, Proportionality in the BRRD: Planning, Resolvability, Early Intervention, August 2018, ISBN 978-3-86829-969-4
- 160 Friedrich G. Biermann, Wissenszurechnung im Fall der Ad-hoc-Publizität nach Art. 17 MAR, März 2019, ISBN 978-3-86829-987-8
- 161 Leah Wetenkamp, IPR und Digitalisierung. Braucht das internationale Privatrecht ein Update?, April 2019, ISBN 978-3-86829-987-8
- 162 Johannes Scholz, Kryptowährungen – Zahlungsmittel, Spekulationsobjekt oder Nullum? Zivilrechtliche und aufsichtsrechtliche Einordnung sowie Bedürfnis und mögliche Ausgestaltung einer Regulierung, Mai 2019, ISBN 978-3-86829-996-0
- 163 Nicolaus Emmanuel Schubert, Aufschub von Ad-hoc-publizitätspflichtigen Informationen – Notwendigkeit, Probleme und Risiken, Mai 2019, ISBN 978-3-86829-998-4
- 164 Markus Heinemann, Mehr(Un)Sicherheit? Datenschutz im transatlantischen Verhältnis – Untersuchung des rechtlichen Status-quo, dessen praktische Implikationen und Probleme sowie möglicher Alternativen für den transatlantischen Datenaustausch, Juni 2019, ISBN 978-3-96670-001-6
- 165 Marc Loesewitz, Das WTO Dispute Settlement System in der Krise, Juni 2019, ISBN 978-3-96670-003-0
- 166 Nicolaus Emmanuel Schubert, Digital Corporate Governance – Möglichkeiten für den Einsatz neuer Technologien im Gesellschaftsrecht, September 2019, ISBN 978-3-96670-010-8
- 167 Felix Schleife, Ökonomisches Potential und wettbewerbsrechtliche Grenzen des Influencer-Marketings in sozialen Medien, Oktober 2019, ISBN 978-3-96670-013-9
- 168 Eva Volk, Compliance-Management-Systeme als Wettbewerbsvorteil?, Oktober 2019, ISBN 978-3-96670-015-3
- 169 Rebecca Liebig, Künstliche Intelligenz im Rahmen von Art. 8 EGBGB – Rechtliche Beurteilung des Einsatzes von KI als Stellvertreter im Lichte des Internationalen Privatrechts, Januar 2020, ISBN 978-3-96670-026-9
- 170 Jannis Bertling, Die geplante Überarbeitung der ICSID Arbitration Rules, Juni 2020, ISBN 978-3-96670-043-6
- 171 Franziska Kümpel, Asset Backed Securities in Deutschland und Luxemburg, Januar 2021, ISBN 978-3-96670-061-0
- 172 Felix Klindworth, Exportbeschränkung von persönlicher Schutzausrüstung im Pandemiefall – Rechtliche Einordnung im Mehrebenensystem und ökonomische Perspektive, Februar 2021, ISBN 978-3-96670-064-1
- 173 Christian Tietje/Andrej Lang, The (Non-)Applicability of the Monetary Gold Principle in ICSID Arbitration Concerning Matters of EU Law, Juli 2021, ISBN 978-3-96670-083-2
- 174 Christian Plewnia, The UNCITRAL Investor-State Dispute Settlement Reform: Implications for Transition Economies in Central Asia, Januar 2022, ISBN 978-3-96670-093-1
- 175 Mathea Schmitt, Reaktionen der Investitionsschiedsgerichtsbarkeit auf die Achmea-Entscheidung des EuGH vom 6. März 2018, ISBN 978-3-96670-095-5
- 176 Philipp Reinhold, Neue Wege der Nachhaltigkeit – Völkerrechtliche Probleme und europarechtliche Perspektiven einer wertebasierten Handelspolitik der Europäischen Union, Januar 2022, ISBN 978-3-96670-097-9
- 177 Christian Tietje/Darius Ruff/Mathea Schmitt, Final Countdown im EU-Investitionsschutzrecht: Gilt das Komstroy-Urteil des EuGH auch in intra-EU-ICSID-Verfahren?, Januar 2022, ISBN 978-3-96670-103-7
- 178 Christian Tietje/Darius Ruff/Mathea Schmitt, Final Countdown in EU Investment Protection Law: Does the ECJ's Komstroy Ruling also Apply in intra-EU ICSID Proceedings?, Februar 2022, ISBN 978-3-96670-107-5
- 179 Sophie-Katharina Perl, The Protection of National Security in International Economic Law – US policy on Steel and Aluminium in the Light of WTO Law, Mai 2022, ISBN 978-3-96670-135-8
- 180 Darius Ruff, Entschädigungslose Enteignungen im internationalen Investitionsschutzrecht im Interesse des Klimaschutzes? Hintergrund, Stand der Diskussion, aktuelle Entwicklungen, Mai 2022, ISBN 978-3-96670-143-3
- 181 Felix Liebscher, Die „Modernisierung“ des Energiechartervertrags, Mai 2022, ISBN 978-3-96670-141-9
- 182 Anne-Christin Mittwoch/Fernanda Luisa Breckenkamp, The German Supply Chain Act – A Sustainable Regulatory Framework for the internationally active Market Players?, Juni 2022, ISBN 978-3-96670-147-1
- 183 Paul Schiering, Drittstaatliche Subventionen auf dem Binnenmarkt der Europäischen Union – Gegenmaßnahmen zwischen fairem Wettbewerb und europäischer Abschirmung, August 2022, ISBN 978-3-96670-157-0

- 184 Robert Richter, Die „public morals exception“ im WTO-Recht: Entwicklung in der Rechtsprechung und dogmatische Analyse, April 2023, ISBN: 978-3-96670-175-4
- 185 Greta Jahn, ‚Goldene Pässe‘: Staatsbürgerschaftsregelungen für Investoren aus Perspektive des Völker-, Investitionsschutz- und EU-Rechts, Februar 2023, ISBN: 978-3-96670-177-8
- 186 Greta Jahn, Das Anti-Coercion Instrument der EU, Juni 2023, ISBN: 978-3-96670-181-5
- 187 Charlotte Sophie Woelke, Profit & Purpose Gesellschaften als Instrument zur Förderung unternehmerischer Nachhaltigkeit? Benefit Corporation und GmbH mit gebundenem Vermögen im Rechtsvergleich, August 2023, ISBN 978-3-96670-184-6
- 188 Franka Nodewald, Zu wenig Zwang gegen Zwangsarbeit: Der Verordnungsvorschlag über ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten, November 2023, ISBN 978-3-96670-206-5
- 189 Ulrike Carrillo, Breaking the Mold: An Evaluation of the EU-New Zealand Free Trade Agreement as a New „Gold Standard“ for Trade and Sustainable Development Chapters, Februar 2024, ISBN 978-3-96670-209-6
- 190 Anne-Christin Mittwoch, Digitization and Sustainability – Practical Convergences of Two Leading Discussions in Business Law, Februar 2024, ISBN 978-3-96670-211-9
- 191 Ramon Aufderheide, Digitization and Sustainability – Practical Convergences of Two Leading Discussions in Business Law, Mai 2024, ISBN 978-3-96670-215-7
- 192 Paul Schiering, Chinesische Unternehmenskäufe im Fokus der EU – EU-Screening-VO und Drittstaatensubventionsverordnung als Symptome systemischer Rivalität, Mai 2024, ISBN 978-3-96670-218-8
- 193 Anne-Christin Mittwoch, The European Taxonomy Regulation as a Driver for a Sustainable Financial System?, Oktober 2024, ISBN 978-3-96670-218-8
- 194 Malte Stieper / Michael Denga, The international reach of EU copyright through the AI Act, Oktober 2024, ISBN 978-3-96670-225-6
- 195 Linda Bilz, Die African Continental Free Trade Area – Eine Chance für den afrikanischen Kontinent?, Januar 2025, ISBN 978-3-96670-237-9
- 196 Christian Tietje und Philipp Reinhold, Die Rolle des Investitionskontrollrechts beim Schutz maritimer Infrastrukturen, Februar 2025, ISBN 978-3-96670-240-9
- 197 Robert Richter, Die Regulierung von Weltraumrecht in der Europäischen Union – Mitgliedstaatliche Regelungen sowie eine unionsweite Perspektive, Mai 2025, ISBN 978-3-96670-253-9
- 198 Tim Schwarzbach, Transnationale Subventionen im EU-Recht, WTO-Recht und US-Außenwirtschaftsrecht, Oktober 2025, ISBN 978-3-96670-268-3
- 199 Anna Chiara Weingärtner, TDas AfCFTA Protokoll on Women and Youth in Trade, Oktober 2025, ISBN 978-3-96670-274-4

Die Hefte erhalten Sie als kostenlosen Download unter:

https://telc.jura.uni-halle.de/forschung_und_publicationen/beitraege_zum_transnationalen_wir/